

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

135 (15.6.1920)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 8.80 M.; durch die Post bezogen 8.80 M., ohne Abhol- u. Bestellgebühr, monatlich. Einzelheft 20 J. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Trimborn mit der Regierungsbildung beauftragt.

Br. Berlin, 14. Juni. Der Reichspräsident hat heute vormittag mit dem Abgeordneten der Sozialdemokratie, Müller und Loh, in Verbindung und fragte, wie der „Vorwärts“ berichtet, ob sie einer nach rechts erweiterten Koalition beitreten könnten, wenn das Zentrum darin die Führung übernehme. Nach der Vernehmung wandte er sich einer zweiten Kombination zu, Fortführung der alten Koalition, die mit Einschluß der bayerischen Volkspartei 243 Mandatanten umfassen würde. Loh erwiderte, daß die sozialdemokratische Fraktion auch hieran nicht teilnehmen könne. Reichspräsident Müller fügte hinzu, daß eine von so geringer Mehrheit getragene Regierung nicht mit der nötigen Autorität nach Spa gehen könne. Darauf brachte Trimborn eine dritte Möglichkeit zur Sprache, einen Block der Mitte, der aus Demokraten, Zentrum und Deutschen Volksparteiern bestehen würde. Zwar könne dieser nur 188 Abgeordnete aufweisen, aber vielleicht auf wohlwollende Neutralität der Reichsparteien besonders der Sozialdemokratie rechnen. Die Sozialdemokratie, welche doch auch die Herstellung eines regierungsfähigen Kabinetts wünsche, würde eine solche Bildung nicht schroff ablehnen, sondern müsse die Verbindung mit der Vergangenheit und Zukunft aufrecht erhalten. Sie könne ja eventuell einen Reichminister als Sicherheitswache im Ministerium zurücklassen. Ein allen genehmer Reichstanzler sei vielleicht in Freydenberg zu gewinnen. Freydenberg herzustellende Vertreter des Großhandels und des Mittelstandes würden in einem solchen Kabinett nicht enthalten sein. Da die Sozialdemokratie zu einer solchen Koalition noch nicht Stellung genommen habe, mußten ihre Vertreter, wie der „Vorwärts“ weiter berichtet, ihre Stellungnahme bis zum erneuten Rücksprache mit ihren Auftraggebern betragen. Müller hat aber im voraus berichtet, daß eine solche Regierung von der sozialdemokratischen Fraktion nach ihren Taten beurteilt werden müsse und jeder Versuch, eine auswärtige Politik der Deutschen Volkspartei zu treiben, auf das schärfste bekämpft werden müsse. Der „Vorwärts“ überschreibt seinen Bericht „Keine Aussicht auf eine Lösung“ und sagt, auch der weiter abliegende Plan, die Koalition aller bürgerlichen Parteien noch einmal in Erwägung zu nehmen, wird kaum eine größere Aussicht auf Erfolg haben.

Die Berliner Abendblätter ergehen sich in Vermutungen über den weiteren Verlauf der Ministerkrise. Die „Voss. Ztg.“ bezeichnet es auf Grund von Mitteilungen aus politisch organisierten Kreisen als unwahrscheinlich, daß Dr. Trimborn die Lösung der Krise durch eine parteipolitische Kombination erstreben werde, vermuthet er das wirtschaftspolitische Moment in den Vordergrund schieben. Im Hinblick auf die Haltung der Reichsparteien, die sich nicht abgeben lassen, auch dieser Kombination nachsichtlich. Als letzte Möglichkeit käme dann die alte Koalition in Betracht. Bei diesem Anlauf hebt das Blatt hervor, daß in den letzten Beschlüssen der Sozialdemokratie gesagt wurde, daß die Fortsetzung der bisherigen Koalitionspolitik als unmöglich betrachtet werde. Dieser Beschlüsse soll offenbar nicht als eine Abgabe auf den Koalitionsgedanken übersehen werden. Vielleicht muß er, wenn alles andere versagt, als Ausweg aus der Krise empfunden werden.

Die „Neuzugung“ sage von der Meinung, daß die Beschlüsse nicht nur die Fortsetzung einer Koalition, sondern die deutsche Volkspartei betreffen sei, ablehne, sondern auch einer solchen mit dem Zentrum und den Demokraten.

Die sozialdemokratische Reichsaggration und der Parteiausgleich zur Regierungsbildung.

Der offiziell herausgegebene Bericht über die gemeinsame Sitzung der Reichsaggration und des Parteiausgleiches am Sonntag teilt folgendes mit: In der Sitzung führte Reichstanzler Hermann Müller den sozialdemokratischen Mitberatern bei den Wahlen u. a. auf die Erhöhung des Welpreises und auf den Steuerabzug von Lohn und Gehalt zurück. Weiter habe das Verhalten der Entente, insbesondere Frankreichs, gegenüber dem deutschen Volk nach Friedensschluß weite Kreise des Volkes den nationalistischen Parteien in die Arme getrieben. Er verneinte die Frage, ob sich unter Ausschluß der Deutschen Volkspartei aus den bisherigen Koalitionsparteien eine tragfähige Mehrheit im Reichstag bilden lasse, in dem er darauf hinwies, daß die oberdeutschen Abgeordneten immer noch durch General Le Ronde an der Austrittsfrage gebunden würden. Ohne die Stimmen dieser Abgeordneten verliere die bisherige Koalition auch nicht mehr über eine schwache absolute Mehrheit. Wenn die Sozialdemokraten es jetzt ablehnen müssen, in eine neue Koalition einzutreten, so verstoßen sie sich nicht der Tatsache, daß sie dadurch mancherlei Vorteile für die Arbeiterklasse ausbeuten, aber das Verbleiben in einer nach rechts erweiterten Regierung bringe parteipolitisch so großen Schaden, daß es für die Partei nicht in Frage kommen könne. Die Reichsparteien wollen die Sozialdemokratie aufreiben, mit den extremen Linksparteien glauben sie dann fertig zu werden. Keiner der von der bisherigen Regierung angestellten sozialdemokratischen Beamten dürfe im Falle des Austritts der Sozialdemokraten aus der Regierung seinen Plan verlassen, ohne daß er dazu gezwungen werde. Man müsse unter allen Umständen die Posten zu halten suchen, schon für den Fall, daß die Reichsparteien später wieder gezwungen würden, die Regierung zu übernehmen. Wenn es in der letzten Zeit geheißen hat, daß der Reichspräsident keine Lust mehr habe, im Falle des Austritts der Sozialdemokraten auf seinem Posten zu verbleiben, so müsse man von ihm verlangen, daß er aus politischen Gründen das Opfer bringe, so lange wie möglich auszuharren. Der Umstand, daß im Falle des Austritts aus der Regierung das Meer in die Hände einer Regierung ohne Sozialdemokraten kommen würde, macht Hermann Müller weniger Bedenken, wohl aber müsse man sich im Falle einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei fragen, was dann aus der Sozialisierung des Kohlenbergbaus und aus der Fortführung der Gewinne der Kohlenmagnaten werden soll.

Zur Regierungskrise.

G. Sch. Wann und wie es gelingen wird, eine neue Regierung zu bilden, wer weiß es. Und ebenso wenig kann man heute voraussagen, welche Folgen aus der schweren Krise entstehen, in die große Teile der Wählererschaft das deutsche Volk geführt haben durch das Ueberlaufen zur äußersten Rechten und Linken. Daß das Ergebnis der Sonntagskonferenz der Sozialdemokratie, die sich auf den schon vorher vom badischen Landesauschuss eingenommenen Standpunkt gestellt hat, die Schwierigkeiten noch erhöht ist richtig. Wir aber haben weder die Krise noch die Schwierigkeiten verschuldet und werden unsere Haltung mit guten Gründen zu vertreten wissen.

Die Sozialdemokratie hat vor der Wahl in Wort und Schrift die Wählererschaft eindringlich genug davor gewarnt, der Demagogie sowohl der äußersten Rechten wie der äußersten Linken zu folgen. Große Teile der Wählererschaft blieben aber blind und taub. Wir haben dann die Unabhängigen aufgefordert, mit in eine Parlaments- und Regierungskoalition unter Ausschluß der Rechten einzutreten. Die USP lehnte ab. Wir waren für ein gemeinsames Aktions- und Regierungsprogramm zu haben, worin wirkliche sozialistische Forderungen eine Selbstverständlichkeit waren; über taktische Differenzen konnte bei beiderseitigem gutem und ehrlichem Willen eine Einigung erzielt werden. Akzeptierten Zentrum und Demokraten — oder eventuell Teile von ihnen — unser Programm, konnte Großes für die Sicherung der Republik, für die freiheitliche Ausgestaltung und für die Förderung der sozialistischen Demokratie geschehen. Die auf einer gemeinsamen Linie marschierenden und handelnden sozialistischen Parteien hätten naturgemäß eine enorme Stützkräfte entwickeln können. Rechten dagegen Zentrum und Demokraten ab, würde der sozialistische Gedanke eine mächtige Förderer bei der Arbeitererschaft erlangt haben. In dem einen wie in dem anderen Falle konnte bei einer gemeinsamen Aktion der Sozialismus nur gewinnen, in beiden Fällen wäre eine zukunftsweisende Mobilisierung der Arbeitermassen eingetreten. Aber freilich: stimmten Zentrum und Demokratie zu, dann müßten die Unabhängigen eine Politik des Möglichen und Erreichbaren betreiben, sie müßten mitarbeiten, wobei sich sofort herausgestellt hätte, daß auch sie in der Praxis nur mit Wasser kochen können. Und diese Erkenntnis beiden Massen fürchten die Unabhängigen. Lehnten Zentrum und Demokratie aber ab, gingen beide sozialistische Parteien auf gemeinsame Grundlage in die Opposition, so wäre die Haupt- und Lieblingsbeschäftigung der Unabhängigen illusorisch gemacht worden: Bruder-mord innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung zu betreiben.

Und weiter: weil die unabhängigen Führer wußten und fürchteten, daß wir alle ernsthaften sozialistischen Forderungen als Sozialisten nicht nur annehmen, sondern sie auch eifrig bemühen werden, wurde die Berliner „Freiheit“ sofort scharf zurückgepfiffen, als sie uns die bekannten acht Punkte als die Bedingungen der Unabhängigen offerierte. Und damit jeder weitere Versuch, eine gemeinsame Front gegen die Todfeinde des Sozialismus und der Lebensinteressen der Arbeiterklasse herzustellen, unmöglich gemacht wurde, mußte Herr Crispian dem Reichstanzler antworten, daß die USP nur in eine rein sozialistische Regierung eintreten würde.

„In der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet.“

Also: nicht nur Diktatur des Proletariats, sondern auch Diktatur der Unabhängigen gegenüber allen anderen Sozialisten. Daß wir darauf nicht eingehen werden, wußten die Unabhängigen. Und darum wählten sie auch diese Form. Es ist beachtenswert hierbei, daß die briefliche Aufforderung des Kanzlers an die Unabhängigen, Herrn Crispian, am Freitag nachmittags 1/2 1/2 Uhr erreichte, der Kanzler schon um 3/4 Uhr im Besitz der Antwort war, die somit schon vor dem Eintreffen seines Schreibens verfaßt worden war. Es ist ja so schön und so bezaubernd, den Radikalen zu spielen, mögen darüber auch die Interessen der Arbeiter zum Teufel gehen.

Allein in eine neue Regierungskoalition zu gehen, hat unter den nunmehr gegebenen Verhältnissen die Sozialdemokratie keinen Grund mehr. Die alte Koalition verflügt über keine Mehrheit. Sie kommt deshalb für uns nicht mehr in Frage. Es kommt noch hinzu, daß die Wahlen beim Zentrum eine Rechtsabweichung erkennen lassen — die Arbeitersekretäre sind in der parlamentarischen Vertretung zurückgedrängt worden. Die Aufnahme einer der beiden Rechtsparteien in eine Koalition, der wir angehören sollen, ist unmöglich. Also bleiben wir derweil draußen. Die äußerste Rechte hat im ganzen Rechte geholt, wir setzen total unfähig zu regieren: man sie nun zeigen, wie es besser gemacht werden kann, aber ohne uns. Den Unabhängigen

Der reaktionäre Kurs in Bayern.

Berlin, 15. Juni. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge soll gemäß der auf dem Parteitag der bayerischen Volkspartei aufgestellten Forderung nach einem eigenen Staatspräsidenten von Jahr auf diesen Posten und an seiner Stelle der Reichspräsident ernannt werden.

Gegenrevolution in Rußland.

Basel, 14. Juni. Die Agentur Havas berichtet aus Moskau, ein Funkpruch besage, daß Trozki ermordet sei und Lenin sich auf der Flucht befinde. Eine gegenrevolutionäre Bewegung sei ausgebrochen. Brüssel habe von der Existenz dieses Funkpruchs.

Paris, 15. Juni. Eine Havasmeldung besagt: In offiziellen Kreisen hat man immer noch keine Bestätigung von einer Gegenrevolution in Rußland.

Keine amtlichen Nachrichten über eine Gegenrevolution in Rußland.

Paris, 15. Juni. Eine Havasmeldung besagt: In offiziellen Kreisen hat man immer noch keine Bestätigung von einer Gegenrevolution in Rußland.

Vom polnisch-russischen Kriegsschauplatz.

Amsterd., 15. Juni. Eine drahtlose Moskauer Meldung besagt: Die Roten Truppen beichten dem Vor der Klammung freigelegten die Polen die Wladimir-Kohlebrücke, Eisenbahnhaltungen, die Elektrizitätszentrale und die Wasserleitung.

Volkswehren in Baku.

Paris, 15. Juni. Die Agence Havas erzählt aus Sebastopol, daß die Volkswehren in Baku den General Andreev und in Grozny den General Aliev getötet haben sollen. Die Rote Armee in Baku umfaßt 80 000 Mann. Die Volkswehren entfalten eine scharfe Propaganda, um Unruhen in Georgien herbeizuführen.

Lohnerhöhungen im Ruhrgebiet.

Essen a. d. Ruhr, 15. Juni. Der am 21. Mai für das Ruhrgebiet vereinbarte Tarifvertrag ist gestern zwischen den Vertretern der Arbeitnehmerverbände und den Vertretern des Arbeitgeberverbandes endgültig abgeschlossen worden. Die Bergarbeiter erhalten Lohnerhöhungen von 6 M., von der 1.50 M. von den Besen in Bar bezahlt und 4.50 M. vom Reich übernommen werden. Die Angestellten erhalten den Reichszuschuß in der gleichen Weise wie die Arbeiter.

Der Ausstand in Düsseldorf.

Düsseldorf, 15. Juni. Der Streik der südlichen Arbeiter hält unverändert an. Da die Düsseldorf Industrie ausnahmslos dem gleichen Versorgungsnetz der städtischen Elektrizitätswerke angeschlossen ist, ist ebenfalls stillgelegt und der größte Teil der Werke mehr gestört.

Das neue italienische Kabinett.

Rom, 15. Juni. Der „Secolo“ veröffentlicht folgende vorläufige Liste des neuen italienischen Kabinetts: Vorsitz und Außenminister: Giolitti; Auswärtiges: Spazza; Kolonien: Raggi; Schatz: Bonomi; Finanzen: Nedo; Desamtsminister: Beano; Landwirtschaft: Nelli; Krieg: de Nicola; Marine: Cecchi; Unterrichts: Croce; Arbeitsgebiete: Raineri; Justiz: Gera; Justizminister: Nelli; Arbeit und Fürsorge: Abbiate; Post: Camera.

Zur Regierungskrise.

G. Sch. Wann und wie es gelingen wird, eine neue Regierung zu bilden, wer weiß es. Und ebenso wenig kann man heute voraussagen, welche Folgen aus der schweren Krise entstehen, in die große Teile der Wählererschaft das deutsche Volk geführt haben durch das Ueberlaufen zur äußersten Rechten und Linken. Daß das Ergebnis der Sonntagskonferenz der Sozialdemokratie, die sich auf den schon vorher vom badischen Landesauschuss eingenommenen Standpunkt gestellt hat, die Schwierigkeiten noch erhöht ist richtig. Wir aber haben weder die Krise noch die Schwierigkeiten verschuldet und werden unsere Haltung mit guten Gründen zu vertreten wissen.

Die Sozialdemokratie hat vor der Wahl in Wort und Schrift die Wählererschaft eindringlich genug davor gewarnt, der Demagogie sowohl der äußersten Rechten wie der äußersten Linken zu folgen. Große Teile der Wählererschaft blieben aber blind und taub. Wir haben dann die Unabhängigen aufgefordert, mit in eine Parlaments- und Regierungskoalition unter Ausschluß der Rechten einzutreten. Die USP lehnte ab. Wir waren für ein gemeinsames Aktions- und Regierungsprogramm zu haben, worin wirkliche sozialistische Forderungen eine Selbstverständlichkeit waren; über taktische Differenzen konnte bei beiderseitigem gutem und ehrlichem Willen eine Einigung erzielt werden. Akzeptierten Zentrum und Demokraten — oder eventuell Teile von ihnen — unser Programm, konnte Großes für die Sicherung der Republik, für die freiheitliche Ausgestaltung und für die Förderung der sozialistischen Demokratie geschehen. Die auf einer gemeinsamen Linie marschierenden und handelnden sozialistischen Parteien hätten naturgemäß eine enorme Stützkräfte entwickeln können. Rechten dagegen Zentrum und Demokraten ab, würde der sozialistische Gedanke eine mächtige Förderer bei der Arbeitererschaft erlangt haben. In dem einen wie in dem anderen Falle konnte bei einer gemeinsamen Aktion der Sozialismus nur gewinnen, in beiden Fällen wäre eine zukunftsweisende Mobilisierung der Arbeitermassen eingetreten. Aber freilich: stimmten Zentrum und Demokratie zu, dann müßten die Unabhängigen eine Politik des Möglichen und Erreichbaren betreiben, sie müßten mitarbeiten, wobei sich sofort herausgestellt hätte, daß auch sie in der Praxis nur mit Wasser kochen können. Und diese Erkenntnis beiden Massen fürchten die Unabhängigen. Lehnten Zentrum und Demokratie aber ab, gingen beide sozialistische Parteien auf gemeinsame Grundlage in die Opposition, so wäre die Haupt- und Lieblingsbeschäftigung der Unabhängigen illusorisch gemacht worden: Bruder-mord innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung zu betreiben.

Und weiter: weil die unabhängigen Führer wußten und fürchteten, daß wir alle ernsthaften sozialistischen Forderungen als Sozialisten nicht nur annehmen, sondern sie auch eifrig bemühen werden, wurde die Berliner „Freiheit“ sofort scharf zurückgepfiffen, als sie uns die bekannten acht Punkte als die Bedingungen der Unabhängigen offerierte. Und damit jeder weitere Versuch, eine gemeinsame Front gegen die Todfeinde des Sozialismus und der Lebensinteressen der Arbeiterklasse herzustellen, unmöglich gemacht wurde, mußte Herr Crispian dem Reichstanzler antworten, daß die USP nur in eine rein sozialistische Regierung eintreten würde.

„In der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet.“

Also: nicht nur Diktatur des Proletariats, sondern auch Diktatur der Unabhängigen gegenüber allen anderen Sozialisten. Daß wir darauf nicht eingehen werden, wußten die Unabhängigen. Und darum wählten sie auch diese Form. Es ist beachtenswert hierbei, daß die briefliche Aufforderung des Kanzlers an die Unabhängigen, Herrn Crispian, am Freitag nachmittags 1/2 1/2 Uhr erreichte, der Kanzler schon um 3/4 Uhr im Besitz der Antwort war, die somit schon vor dem Eintreffen seines Schreibens verfaßt worden war. Es ist ja so schön und so bezaubernd, den Radikalen zu spielen, mögen darüber auch die Interessen der Arbeiter zum Teufel gehen.

Allein in eine neue Regierungskoalition zu gehen, hat unter den nunmehr gegebenen Verhältnissen die Sozialdemokratie keinen Grund mehr. Die alte Koalition verflügt über keine Mehrheit. Sie kommt deshalb für uns nicht mehr in Frage. Es kommt noch hinzu, daß die Wahlen beim Zentrum eine Rechtsabweichung erkennen lassen — die Arbeitersekretäre sind in der parlamentarischen Vertretung zurückgedrängt worden. Die Aufnahme einer der beiden Rechtsparteien in eine Koalition, der wir angehören sollen, ist unmöglich. Also bleiben wir derweil draußen. Die äußerste Rechte hat im ganzen Rechte geholt, wir setzen total unfähig zu regieren: man sie nun zeigen, wie es besser gemacht werden kann, aber ohne uns. Den Unabhängigen

Seite 6.



225.- 165.- 195.- 145.-

Stück 95 J. 1.45 1.45 1.95 7.95 7.95 17.95 4.95 2.95 6.95 4045

Mitglieder- und Vereinsliste.

Mitglieder- und Vereinsliste.

Mitglieder- und Vereinsliste.

Mitglieder- und Vereinsliste.

Mitglieder- und Vereinsliste.

Mitglieder- und Vereinsliste.

Mitglieder- und Vereinsliste.

Mitglieder- und Vereinsliste.

Mitglieder- und Vereinsliste.

Mitglieder- und Vereinsliste.

Mitglieder- und Vereinsliste.

Mitglieder- und Vereinsliste.

Mitglieder- und Vereinsliste.

Mitglieder- und Vereinsliste.

nen, die ähnlich gegen uns gehet haben, wollten wir die Gelegenheit geben, neben uns zu zeigen, ob sie es besser machen können als wir. Sie fürchten aber die Beweisführung und genau so geht es den Reaktionsparteien, die jetzt auf einmal an unser Vaterländisches Gefühl appellieren.

Demgegenüber ist mit aller Deutlichkeit gesagt, daß die Sozialdemokratie vom 4. August 1914 bis zum 9. November 1918, und von da an erst recht, dem Vaterlande als Partei so große und schwere Opfer gebracht hat, wie sie wahrscheinlich keine andere Partei zu leisten imstande sein wird. Daß wir das getan haben, war gut und war richtig. Aber wir würden auch dem Lande einen schlechten Dienst leisten, wenn wir mit Volksparteiern in eine Koalition gehen würden. Wäre eine solche Koalition nicht überhaupt für uns ausgeschlossen, so um bestmöglichen, weil die Sozialdemokratie in der ersten Hälfte der Revolution ein Opfer gebracht hat, die die Wiederherstellung und die Gesundung Deutschlands ausgeschlossen. Indem wir in den furchtbaren Novembertagen 1918 die Partei gleichsam in die Konkursmasse des zusammengebrochenen Deutschlands geworfen haben, haben wir das Reich gerettet, das sonst damals auseinander gefallen wäre. Die Partei aber in eine Koalition zu werfen, an der die Volkspartei und indirekt auch die Deutschnationalen beteiligt sind, hieße die Kräfte stärken, die Deutschlands Umkehr in der Gegenwart verschuldet haben und die erneut eine ungeheure Gefahr durch diese Stärkung werden würden.

Gerne, unsere Weigerung kann eine scharf arbeitende Koalition bringen. Aber, allein in einer Koalition, die sich bis rechts ausdehnt, könnten wir wenig Gutes schaffen und nicht viel Böses verhindern, weil die Unabhängigen die stumpfsinnigste Seite enthalten würden. Die Partei, endlich auch einmal in schwerer Zeit für Land und Volk etwas zu leisten, ist nunmehr an den anderen. Die Herrschaften dürfen überzeugt sein; leisten sie auf irgend einem Gebiete Gutes und Gemeinnütziges, so haben sie unsere Unterstützung, auch wenn wir in der Opposition stehen. Die Opposition der reinen Negation lehnt die Sozialdemokratie ab; sie wird auch in der Opposition positiv mitarbeiten, wo Mängel und Übeln gesteuert, wo an Stelle des Schädlichen das Nützliche gesetzt werden soll, wo es gilt, aufzubauen statt weiter zu zerstören. Es ist eine bürgerliche Koalition tatsächlich im Allgemeininteresse sich betätigen wollen und können, wird bei diesem Vorhaben unsere Opposition die denkbar wohlwollendste sein, während bisher uns gegenüber genau das Gegenteil getan worden ist. Also, frisch ans Werk, ihr Gesellen aus dem reaktionären Lager. Zeigt euch Können und Wissen! Millionen von Wählern sind am Wahltage euren Verleumdungen gefolgt. „So kann es nicht weitergehen!“ habt ihr „Nationalen“ im Wahlkampf dem Volke erklärt. Ihn wollen wir es einmal probieren, wie es geht, wenn ihr die Führung habt.

Im übrigen: Das deutsche Volk, vor allem die Wähler- und Arbeiterschaft, muß lernen, die Bedeutung der Wahlen zu erkennen und sie nicht nur als eine willkommene Gelegenheit zu betrachten, bei der man seinem Ärger Luft machen kann und den wütendsten Schreibern gedankenlos nachhängt. Lernen die Wähler das nicht, dann werden sie eben wieder regiert werden, weil sie sich als unfähig erwiesen haben, als Volk sich selbst zu regieren.

Unsere Genossen scheiden gern aus den hohen Ämtern. Und wo Genossen als Beamte sitzen, müssen sie bleiben und sich nicht verdrängen lassen, solange sie Widerstand leisten können. Auch wenn eine reaktionäre Regierung kommen sollte — es wird nicht immer so bleiben, hier unter dem Wechsel des Monchs... Ebenso selbstverständlich ist, daß wir in den einzelnen Freistaaten alle Positionen halten, die wichtig sind und die gehalten werden können. Inzwischen rufen wir organisatorisch und durch rasche Aufführung zu den neuen harten Kämpfen, die kommen, weil sie unvermeidlich sind. Außerdem: Gegen die sozialistische Arbeiterklasse kann man überhaupt nicht mehr, ohne sie nicht lange regieren, es sei denn, sie bricht sich selbst die Kraft.

Politische Uebersicht.

Die Pläne und Absichten der Reaktionsäre. Zwei Jahre Arbeitspflicht, Kasernierung und etwas Tatzengelb.

Die deutschnationale „Süddeutsche Zig.“ propagiert in einem „Meinungsstück über die Arbeit“ überschrifteten Artikel diese anmutigen Pläne der Reaktionsäre:

Ohne Opfer geht es nun einmal nicht, es müssen Opfer wertvollen Schaffens sein, die allein werden Eindruck machen auf das arbeitende Volk. Der Gedanke ist nicht neu. Zwei Jahre Arbeitspflicht sind zu fordern. Und daneben Weidenschaft für die lebenswichtigen Betriebe, die den Eid auf die Verfassung abzugeben haben und nicht streiken dürfen. Diese erprobten Männer, die sehr gut zu besagen sind, haben die gesamten jungen Leute beiderlei Geschlechts für Arbeit in den lebenswichtigen Betrieben zu kasernieren und auszubilden. Das Reich leistet Verpflegung und Bekleidung wie für das alte Heer und zahlt ein Minimum von Tatzengelb. Reiche Menschen haben keinerlei Vergünstigung anzuprehen. Das erste halbe Jahr sollte der Grundzeitung des Körpers. Für unser Volk wäre dreierlei gewonnen: Die Weidenschaft einzelner Wirtschaftskreise wäre gebrochen. Das gesamte Volk würde eine große gesundheitliche Schule durch (das und nach den Jahren der Hungerblutende, der Seuchen und mehr wie je notwendig ist). Der Staat könnte unmittelbar Nutzen von der Arbeitskraft seiner Bürger und Bürgerinnen ziehen. Hier läge eine Summe von 4 bis 5 Milliarden Goldmark verborgen. Wir müssen, um unter Volk zu verstehen, die Handarbeit wieder einem jeden nahbringen, auch dem vernünftigen Mutterhändchen. Wir brauchen Arbeit und Tat, nicht Papiergeld und Gesehesparaden. Arbeitsdienstpflicht also an Stelle der Militärpflicht. Sozialisierung in Form der Pflichtarbeit aller in den Staatsbetrieben und Betrieben vor uns nicht; diese Regierung des Generalstreiks, des Abwirtschens, die nicht regiert, sondern von den Führern der Masse regiert wird, die wird die Pflichtarbeit aller nicht einführen. Die können nun die Reaktionsäre (es ist schlimm genug, daß es zwei gibt) zeigen, daß sie Mut und Kraft haben, uns aus dem Sumpfe herauszuführen. Alle arbeitssüchtigen und ordnungsliebenden Staatsbürger, Arbeiter, Angestellte und Bürger müssen sich nun zusammenreißen und sich entschließen zur Verfügung stellen. Die Teufische Politik genügt nicht, baut sie sofort aus zu einer vorerst auf Freiwilligkeit gegründeten Arbeitsdienstpflicht, zu einer Arbeitspflicht, um unser Wirtschaftsleben durch Schaffung von Neuenten und Mehrwerten wieder in Ordnung zu bringen. Die Einwohnerwehr soll öffentliche Ruhe und Ordnung schützen, Leben und Eigentum und die Arbeitsmöglichkeit für alle Arbeitenden. Die freiwillige Arbeitsdienstpflicht soll das tabellarische Funktionieren der lebenswichtigen Betriebe sichern die wirtschaftliche Ordnung und Ruhe schützen und damit das Dasein unseres ganzen Volkes.

Wachsende Reaktion. — Mobilisierung des Tiroler Landsturms.

Wessen sich die deutsche Republik, die Demokratie, die Verfassung in Deutschland von den bairischen Reaktionsären zu verhalten hat, geht auf einem Artikel hervor, den die Wiener „Arbeiterzeitung“ der Öffentlichkeit übergibt. Manahonius, Nationalrat und konterrevolutive Weltanschauung, sie alle müssen den einen großen Zweck dienen, den Sozialismus zu bekämpfen. Der interessante Artikel lautet:

Mit einer Unverfrorenheit sondergleichen betreibt der österreichische Landesrat Steidle im Verein mit dem deutschnationalen Landeshaupmann Schmitt die Aufzucht der Tiroler Landsturms. Vor einigen Tagen unterbreiteten beide Herren einer Versammlung die vorläufigen Entwürfe der „Selbstwehr Tirol“, als deren Zweck der „Schutz gegen außerordentliche Gefahren, von denen die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere durch Gewalttätigkeiten gegen Leben und Eigentum bedroht sind“, vorgegeben wird. In Wirklichkeit richtet sich die Selbstwehr nach dem offenkundigen Bekannnis des Steidle in erster Linie gegen die Sozialdemokratie, die von diesem Generalkommando des Volkswesens gleichgesetzt wird. Die Fäden dieser Organisation reichen aber bis München, bis zum Stabe der Württembergischen Konterrevolution, die die Loslösung Bayerns vom Deutschen Reich und die Gründung eines Königreichs unter der Herrschaft des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht, der jetzt als Führer von Balthusgruppen in Verfassungskämpfen sein Unwesen treibt, durch die Verhängung Bayerns mit Tirol und Salzburg erstrebt. Der französische Imperialismus gewährt diesen Bestrebungen Wohlwollen, die Helmutbewegung reichliche Unterstützung: Geld, Waffen, Munition — und auch Impulse! Bayerische Offiziere haben an den Vorbereitungen teilgenommen, bayerische Offi-

ziere haben das Organisationsmaterial mit ausgearbeitet, bayerische Offiziere brachten die Mark, mit welchen die Konterrevolutionen werden; aus den bairischen Beständen sind mehrere hunderttausend Gewehre mit Munition nach Tirol geschafft worden, die hier, in verschiedenen Stapelplätzen gelagert, nach und nach zur Verfügung kommen sollen. Die derzeitige Weidenschaft, zu dem sich Dr. Helm offen bekennt und auf das sich der gegenwärtige Ministerpräsident in einer später bereiteten und demontierten Erklärung eingelassen hat, ist: Bayern vom Deutschen Reich loszulösen, sich Tirol und Salzburg anzuschließen und einen monarchistisch-katholischen süddeutschen Staat aufzurichten. Nun wird es offenkundig, wozu die Demagogikaktion, die so auch in Bayern mit dem größten Eifer betrieben wird, dient: sie soll im Augenblick, wenn die partikularistische-monarchistische Konterrevolution zum Schlagschlag andeutet, auch die Monarchisten Tirols schlagbereit finden und das Reich Tirols mit Waffengewalt unter eines Wittelsbachers Monarchie bringen.

Konflikt im Zentrum.

Wie bei den Demokraten so hat auch im Zentrum der Wahlausfall von neuem die in der Partei liegenden Konflikte, die sich nicht mehr als jungen Datums. Die Zentrumsfraktion, die sich mit der bairischen Volkspartei wieder vereinigen möchte, legt, wie bestimmt verlautet, den Wunsch, Erzberger nahezugeten, auf sein Mandat zu verzichten. Auf diese Weise hofft man die Einigung mit der bairischen Volkspartei schneller vollziehen zu können. Aber nicht alle Zentrumskreise sind mit dieser Aufstellung Erzbergers einverstanden. Man ist gerade in Württembergischen Kreisen abolut nicht geneigt, Erzberger den Reichsparteien zu opfern. In der letzten Versammlung der Zentrumspartei von Stuttgart, die am Wahltage stattfand, hielt der neue Parteivorstandende Ministerialrat Bucher eine programmatische Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Wenn wir Erzberger wählen, dann ist der Fall erledigt, dann muß die Fraktion ihn aufnehmen. Wer hat überhaupt diesen Streit entzündet? Die Deutschnationalen und die Bürgerpartei. Und wenn sollen wir die Nationalen aus dem Feuer holen? Und wer waren diejenigen, die Erzberger in der Koalition nicht unterstützen? Das waren die Demokraten, denn seine Steuerpolitik nicht gepostet hat. Diese persönlichen Gegensätze müssen in der Partei ihre Bedeutung verlieren.

Auch das deutsche „Volkswort“ in Stuttgart beschäftigt sich unter der Überschrift „Mehr Disziplin auch bei den Führern“ mit dieser Angelegenheit. Es sagt:

Die Reichsschulkonferenz.

Als erster und wichtigster Punkt der Tagesordnung stand das Thema: Schularien, Schulgelder und organisatorische Zusammenfassung zur Einheitschule zur Beratung. Oberleitend Dr. Herzogsteiner legt als erster Berichterstatter die drei Erziehungsgrundzüge dar, aus denen sein Referat sich aufbaute: 1. Grundlage aller Bildungsorganisation ist, daß jeder ein Recht darauf hat, nach Maßgabe seiner Bildungsfähigkeit zu werden. 2. Mannigfaltigkeit der individuellen Veranlagung bedingt Mannigfaltigkeit der Bildungsorganisation der Volksgemeinschaft (nicht des Staates). 3. Der Staat darf andere Bildungsmöglichkeiten nicht hindern, sofern sie der Bildungsorganisation dienen. Aus dem ersten Grundzug ergibt sich der Aufbau des Schulwesens, aus dem zweiten folgt die Zentralisation der Schulorganisation. Der dritte Grundzug merkt sich gegen ein Bildungsmonopol des Staates. — Herzogsteiners Darlegungen tragen ein stark persönliches Gepräge. Herzogsteiner will die Einheitschule in der Weise aufgebaut sehen, daß auf der vierjährigen Grundschule sich ein ebenfalls vierjähriger Mittelbau erhebt, der dann in die schon bestehenden Schultypen mündet. Neben dieser fünfjährigen Differenzierung hält er aber auch eine simultane Form möglich, die durch Begabungsbearbeitungen, Verlegungsbestimmungen, Maßfreibei des Unterrichts und besondere Schulstunden festgelegt werden kann. Mit dem zweiten Berichterstatter Prof. Dr. Binder (Stuttgart) kommt ein Vertreter des alten humanistischen Gymnasiums zu Wort. — Auf den radikalsten Anhänger des Titens folgte ein Vertreter der für mich auf Reformen drängenden Richtung, Oberlehrer Dr. Karlen (Dr. Hildersheim) fordert als durchaus neues Ziel eine Schule, die sich auf der Methode des Erlebnisses aufbaut, jeder

Väter und Söhne.

Roman von Iwan Turgenjeff.

Man müßte das Leben so einrichten, daß jeder Augenblick desselben eine Bedeutung hätte“, sagte Arkadi nachdenkend.

„Natürlich! Es ist immer still, etwas zu bedeuten, selbst wenn es in falscher Weise geschieht; man könnte sich im Notfall auch mit unbedeutenden Dingen abfinden... aber die Erbärmlichkeiten, die Erbärmlichkeiten des Lebens!... Da liegt das Unglück.“

„Es gibt keine Erbärmlichkeiten für den, der sie nicht anerkennen will.“

„Im! Da hast du einen umgekehrten Gemeinplatz ausgesprochen.“

„Wie so? ... Was verstehst du darunter?“

„Höre: sage ich zum Beispiel, die Zivilisation ist nützlich, so spreche ich einen Gemeinplatz aus; sage ich dagegen, die Zivilisation ist schädlich, so spreche ich einen umgekehrten Gemeinplatz aus. Das klingt etwas eleganter, aber im Grunde kommt es auf eins hinaus.“

„Aber wo ist die Wahrheit, auf welcher Seite habe ich die zu suchen?“

„Wo? Ich antworte dir wie das Echo: wo?“

„Du bist heute in einer schwermütigen Stimmung, Eugen.“

„Wirklich? Dann muß mir die Sonne an Kopf geiegen sein, auch haben wir zu viel Himbeeren gegessen.“

„In dem Falle würde es sich empfehlen ein Schläfschen zu halten“, bemerkte Arkadi.

„Richtig bemerkt. Nur bitte ich mir aus, mich nicht anzusehen: jeder Mensch hat ein dummes Gesicht, wenn er schläft.“

„Es ist dir also nicht ganz gleichgültig, was man von dir denkt?“

„Ich weiß nicht, was ich dir darauf antworten soll. Ein wirklicher Mensch darf sich nicht darum kümmern, was die Welt von ihm denkt; ein wirklicher Mensch aber ist der,

von dem man nichts denken kann, dem man aber gehorchen oder den man verabscheuen muß.“

„Das ist doch seltsam! Ich verabscheue keinen Menschen“, sagte Arkadi nach einigem Nachdenken.

„Ich dagegen sehr viele. Du bist eine zarte Seele, ein wahrer Blumenkompott; wie könntest du verabscheuen!... Du bist schwächern, du hast zu wenig Selbstvertrauen...“

„Und du“, unterbrach ihn Arkadi, „hast du nicht zu viel Selbstvertrauen? Hast du nicht eine zu hohe Meinung von dir selbst?“

Bajaroff beobachtete eine Zeitlang Schweigen.

„Sobald ich einem Menschen begegne, der vor mir die Ohren nicht hängen läßt“, verfechte er langsam, „dann werde ich meine Meinung über mich ändern... Verabscheuen! Da sagtest du zum Beispiel, als wir heute morgen vor der schönen weißen Stätte des Starofa Philipp vorüber gingen — da sagtest du: Rußland wird erst dann seinen Höhepunkt erreicht haben, wenn auch der letzte Bauer eine solche Wohnung hat, und jeder von uns sollte dazu beitragen... Nun, ich begann sofort, diesen letzten Bauer — heiße er Philipp oder Sidor — zu verachten, für den ich mich abmühen soll und der es mir nicht einmal Dank wissen wird... Und doch, was sollte mir sein Dank? ... Wenn er in einer schönen Stätte wohnt, werde ich mir Ketten wachsen lassen müssen — nun und dann?“

„Sör doch auf, Eugen... Wenn man dich heute hört, möchte man fast verjuch sein, denen recht zu geben, welche uns beschuldigen, wir hätten keine Grundstücke.“

„Du sprichst wie dein würdiger Oheim. Es gibt überhaupt keine Grundstücke — hast du das bis jetzt noch nicht entdeckt? Es gibt nur Empfindungen. Von ihnen hängt alles ab.“

„Wie so?“

„Ich wills dir klar machen. Da hast du zum Beispiel mich: habe ich einen skeptischen, widerspruchsvollen Geist, so entspringt das meine Empfindungen. Es ist mir angenehm zu vernennen, mein Stern ist so konstruiert — und damit basta! Warum habe ich Interesse für die Chemie? Warum ist du gern Alkohol? — alles Ausfluß der Empfindungen. Da liegt das Alpha und das Omega. Dieser

werden die Menschen niemals dringen. Nicht ein jeder wird dir das offen heraus sagen, und auch ich werde es dir nicht ein zweites Mal sagen.“

„Aber dann wäre ja selbst die Tugend nur eine Empfindung?“

„Ohne allen Zweifel.“

„Eugen“, sagte Arkadi in traurigem Tone... „Ich sehe mal, der Wissen ist wohl nicht nach deinem Geschmack?“, verfechte Bajaroff. „Nein, mein Lieber, wenn man entschlossen ist alles wegzuschneiden, darf man seine eigenen Glieder nicht schonen!... Inbes, wir haben schon mehr als genug philosphiert. Die Natur haucht uns das Schweigen des Schlafes ein“, laut Bajaroff.

„Nichtin hat nie etwas Technisches gesagt“, verfechte Arkadi.

„Wenn er es nicht gesagt hat, hätte ers in seiner Eigenschaft als Roet sagen können und sollen. Apropos, er ist doch Soldat gewesen?“

„Nein, Nichtin ist niemals Soldat gewesen.“

„Geh doch, auf jeder Seite ruht er ja... In den Kampf, in den Kampf für die Etre Rußlands!“

„Wo nimmst du denn all diese Erfindungen her! Das ist ja geradezu Verleumdung.“

„Verleumdung! Welch ein Verbrechen! Glaubst du mich mit diesem Worte zu erschrecken? Was für Verleumdungen man auch über einen Menschen verbreitet, in Wirklichkeit verdient er noch zwanzigmal Schlimmeres.“

„Suchen wir lieber zu schlafen!“, laut Arkadi ärgertlich.

„Mit dem allergrößten Vergnügen“, antwortete Bajaroff.

Aber keiner von ihnen vermochte einzuschlafen. Ein fast feindseliges Gefühl hatte sich ihrer Herzen bemächtigt. Nach einigen Minuten schlugen sie die Augen wieder auf und sahen sich einander an.

„Schau“, sprach plötzlich Arkadi, „dieses trodene Blatt, das sich von einem Aboradbaum abgelöst hat und zur Erde fällt: es flattert gerade so in der Luft wie ein Schmetterling. Ist das nicht merkwürdig? Was das Taurische und Abgestorbene ist, gleicht dem Seitersten und Lebendvollsten.“

(Fort. folgt.)

Freigewerkschaftliche Betriebsräte-Zentralen.

Nachdem die Zentralleitungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände bereits am 20. Mai d. J. die auf Grund des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebsräte ausgerufen hatten, ihren Zusammenschluß innerhalb der Gewerkschaften zu vollziehen, werden nunmehr für das Zusammenwirken der freien Gewerkschaften mit den Betriebsräten folgende Richtlinien veröffentlicht:

Richtlinien

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A. D. G. B.) und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (A. F. A.) für die örtliche Zusammenfassung der Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte.

I. Zweck des Zusammenschlusses.

1. Zur Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben werden die auf Grund des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebsräte in Gemeinschaft mit dem Ortsausschuß des A. D. G. B. und dem Ortsrat der A. F. A. in einer freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale der Arbeiter und Angestellten

II. Gliederung.

a) **Industriegruppen:** Die Ortsausschüsse des A. D. G. B. und der A. F. A. berufen die Betriebsräte zu gemeinsamer Arbeit zu diesem Zweck werden Gruppen gebildet. Maßgebend für die Einreihung in die Gruppen ist nicht der Beruf, sondern lediglich die Zugehörigkeit zum betreffenden Betrieb. Jede Gruppe führt eine besondere Legitimationskarte.

Nr. der Gruppe	Legitimationskarte	Farbe der Legitimationskarte
1. Bau-, Versicherungs- u. Handelsgewerbe	ziegelrot	rot mit grünem Strich
2. Bergwerke und Steinindustrie	grün	rot mit gelbem Strich
3. Bekleidungs- und Textilindustrie	gelb	rot mit blauem Strich
4. Chemische Industrie	blau	rot mit rotem Strich
5. Freie Berufe	rot mit grünem Strich	rot mit grünem Strich
6. Graphische Gewerbe u. Papierindustrie	rot mit gelbem Strich	rot mit grünem Strich
7. Holzindustrie	rot mit blauem Strich	rot mit grünem Strich
8. Landwirtschaft	rot mit rotem Strich	rot mit grünem Strich
9. Lebensmittel- u. Genussmittelindustrie	rot mit grünem Strich	rot mit grünem Strich
10. Lederindustrie	rot mit blauem Strich	rot mit grünem Strich
11. Metallindustrie	rot mit rotem Strich	rot mit grünem Strich
12. Staatliche und kommunale Behörden und Institute	rot mit gelbem Strich	rot mit grünem Strich
13. Verkehr	rot mit blauem Strich	rot mit grünem Strich
14. Bergbau, Hütten und Salinen	rot mit rotem Strich	rot mit grünem Strich
15. Sozialversicherung	rot mit gelbem Strich	rot mit grünem Strich

Die Zugehörigkeit zu den einzelnen Gruppen ergibt sich aus der Anlage.

Bei an einzelnen Orten die eine oder andere Gruppe nur in geringer Zahl vertreten, können sich ihre Angehörigen einer verwandten Gruppe anschließen. Neben den Hauptgruppen können auf Wunsch der Vollversammlung der betreffenden Industriegruppen Untergruppen gebildet werden.

Alle auf Grund des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebsratsmitglieder haben sich sofort nach erfolgter Wahl bei dem Ortsausschuß des A. D. G. B. und der A. F. A. zu melden, wo sie ihre Legitimationskarte erhalten.

Die Betriebsräte einer jeden Industriegruppe bilden die Vollversammlung. Sie entscheidet in ihrer ersten Zusammenkunft, ob bei den weiteren Vollversammlungen alle Mitglieder der Betriebsräte teilnehmen sollen oder ob ein Delegierten-System eingeführt wird.

b) **Gruppenrat:** Zur Wahl eines Gruppenrats werden von den Ortsausschüssen des A. D. G. B. und der A. F. A. die gewählten Betriebsräte gemeinsam industriegruppenweise zusammenberufen. Der Gruppenrat besteht aus fünf Mitgliedern, dem von Arbeiter- und Angestelltenseite mindestens je zwei Personen angehören müssen. Ihm gehören ferner mindestens je ein Vertreter der freien Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen an, die an der betreffenden Industriegruppe besonders beteiligt sind.

c) **Generalversammlung der Betriebsräte:** Die Generalversammlung aller am Orte befindlichen Betriebsräte wird erstmalig vom Ortsausschuß des A. D. G. B. und dem Ortsrat der A. F. A. einberufen, später vom Zentralrat. Die Generalversammlung besteht aus den Delegierten der Industriegruppen, den Ortsausschüssen des A. D. G. B., den Ortsräten der A. F. A. und deren Sekretären.

d) **Zentralrat:** Jede Industriegruppe wählt aus ihrer Mitte zwei Betriebsratsmitglieder, von denen einer ein Arbeiter, der andere ein Angestellter sein muß, in den Zentralrat. Hierzu treten die Mitglieder des Ortsausschusses des A. D. G. B. und des Ortsrats der A. F. A. sowie ihre Sekretäre.

Wenn der Zentralrat die Anstellung von besonderen Sekretären für nötig erachtet, so ist dazu die Zustimmung des Ortsausschusses des A. D. G. B. und des Ortsrats der A. F. A. erforderlich.

e) **Vollzugsrat:** Der Zentralrat wählt aus seiner Mitte fünf Personen in den Vollzugsrat von denen mindestens zwei Arbeiter und zwei Angestellte sein müssen. Weitere fünf Mitglieder des Vollzugsrats werden, nach Uebereinkunft der Beteiligten, vom Ortsausschuß des A. D. G. B. und vom Ortsrat der A. F. A. gewählt.

III. Aufgaben.

a) **Gruppenrat und Gruppenvollversammlung:** Der Gruppenrat führt die Geschäfte der Industriegruppe auf Grund der Beschlüsse der Vollversammlung. Diese soll vor allem mit Unterstützung der Betriebsräte das Material aus den einzelnen Betrieben sammeln, um so den erforderlichen Uebersicht über das ganze Gebiet einer Industrie zu gewinnen.

Die Gruppenorgane befassen sich mit wirtschaftlichen Fragen ihres Gewerbezweiges. Soweit es sich dabei um gewerkschaftliche Aktionen handelt, bleiben die sachgemäßen Befugnisse der Gewerkschaften bestehen.

b) **Generalversammlung der Betriebsräte:** Alle wirtschaftlichen Fragen die mehrere Gruppen oder die gesamte Arbeitnehmerschaft betreffen, fallen in das Aufgabengebiet der Generalversammlung. Diese stellt ferner gemeinsam mit den Gewerkschaften Richtlinien für die örtliche Tätigkeit der Betriebsräte auf.

c) **Zentralrat:** Der Zentralrat ist der Beirat des Vollzugsrats. In technisch-organisatorischen Fragen entscheidet er selbständig.

d) **Vollzugsrat:** Der Vollzugsrat ist das ausführende Organ der Generalversammlung der Betriebsräte. Er bereitet ihre Versammlungen vor und führt ihre Beschlüsse aus.

IV. Arbeiter- und Angestelltenräte.

Die Arbeiter- und Angestelltenräte können innerhalb der Industriegruppen getrennte Vollversammlungen abhalten, die sich mit den besonderen sozialen Fragen oder Aktionen der Arbeiter oder Angestellten befassen. Die Einberufung erfolgt durch die Arbeiter- bzw. Angestelltenmitglieder des Gruppenrats im Einvernehmen mit den beteiligten freien Gewerkschaften. Wirtschaftliche Fragen können nur in den gemeinsamen Vollversammlungen der Arbeiter und Angestellten behandelt werden.

V. Wahlen.

Die Wahlen zu den erwähnten Körperschaften erfolgen nach dem Verhältniswahlsystem. Wird ein Delegiertensystem eingeführt, so müssen mindestens ein Drittel der Delegierten Angestellte oder Arbeiter sein. Für die Generalversammlung der Betriebsräte muß jede Industriegruppe durch mindestens fünf Delegierte vertreten sein, von denen je zwei Arbeiter und Angestellte sein müssen. Wählbar sind nur Personen die mindestens seit einem Jahr Mitglied einer dem A. D. G. B. oder der A. F. A. angehörenden Gewerkschaft sind.

Die Betriebsräte einer jeden Industriegruppe bilden die Vollversammlung. Sie entscheidet in ihrer ersten Zusammenkunft, ob bei den weiteren Vollversammlungen alle Mitglieder der Betriebsräte teilnehmen sollen oder ob ein Delegierten-System eingeführt wird.

b) **Gruppenrat:** Zur Wahl eines Gruppenrats werden von den Ortsausschüssen des A. D. G. B. und der A. F. A. die gewählten Betriebsräte gemeinsam industriegruppenweise zusammenberufen. Der Gruppenrat besteht aus fünf Mitgliedern, dem von Arbeiter- und Angestelltenseite mindestens je zwei Personen angehören müssen. Ihm gehören ferner mindestens je ein Vertreter der freien Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen an, die an der betreffenden Industriegruppe besonders beteiligt sind.

c) **Generalversammlung der Betriebsräte:** Die Generalversammlung aller am Orte befindlichen Betriebsräte wird erstmalig vom Ortsausschuß des A. D. G. B. und dem Ortsrat der A. F. A. einberufen, später vom Zentralrat. Die Generalversammlung besteht aus den Delegierten der Industriegruppen, den Ortsausschüssen des A. D. G. B., den Ortsräten der A. F. A. und deren Sekretären.

d) **Zentralrat:** Jede Industriegruppe wählt aus ihrer Mitte zwei Betriebsratsmitglieder, von denen einer ein Arbeiter, der andere ein Angestellter sein muß, in den Zentralrat. Hierzu treten die Mitglieder des Ortsausschusses des A. D. G. B. und des Ortsrats der A. F. A. sowie ihre Sekretäre.

e) **Vollzugsrat:** Der Zentralrat wählt aus seiner Mitte fünf Personen in den Vollzugsrat von denen mindestens zwei Arbeiter und zwei Angestellte sein müssen. Weitere fünf Mitglieder des Vollzugsrats werden, nach Uebereinkunft der Beteiligten, vom Ortsausschuß des A. D. G. B. und vom Ortsrat der A. F. A. gewählt.

Die Arbeiter- und Angestelltenräte können innerhalb der Industriegruppen getrennte Vollversammlungen abhalten, die sich mit den besonderen sozialen Fragen oder Aktionen der Arbeiter oder Angestellten befassen. Die Einberufung erfolgt durch die Arbeiter- bzw. Angestelltenmitglieder des Gruppenrats im Einvernehmen mit den beteiligten freien Gewerkschaften. Wirtschaftliche Fragen können nur in den gemeinsamen Vollversammlungen der Arbeiter und Angestellten behandelt werden.

Die Wahlen zu den erwähnten Körperschaften erfolgen nach dem Verhältniswahlsystem. Wird ein Delegiertensystem eingeführt, so müssen mindestens ein Drittel der Delegierten Angestellte oder Arbeiter sein. Für die Generalversammlung der Betriebsräte muß jede Industriegruppe durch mindestens fünf Delegierte vertreten sein, von denen je zwei Arbeiter und Angestellte sein müssen. Wählbar sind nur Personen die mindestens seit einem Jahr Mitglied einer dem A. D. G. B. oder der A. F. A. angehörenden Gewerkschaft sind.

Die Betriebsräte einer jeden Industriegruppe bilden die Vollversammlung. Sie entscheidet in ihrer ersten Zusammenkunft, ob bei den weiteren Vollversammlungen alle Mitglieder der Betriebsräte teilnehmen sollen oder ob ein Delegierten-System eingeführt wird.

b) **Gruppenrat:** Zur Wahl eines Gruppenrats werden von den Ortsausschüssen des A. D. G. B. und der A. F. A. die gewählten Betriebsräte gemeinsam industriegruppenweise zusammenberufen. Der Gruppenrat besteht aus fünf Mitgliedern, dem von Arbeiter- und Angestelltenseite mindestens je zwei Personen angehören müssen. Ihm gehören ferner mindestens je ein Vertreter der freien Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen an, die an der betreffenden Industriegruppe besonders beteiligt sind.

c) **Generalversammlung der Betriebsräte:** Die Generalversammlung aller am Orte befindlichen Betriebsräte wird erstmalig vom Ortsausschuß des A. D. G. B. und dem Ortsrat der A. F. A. einberufen, später vom Zentralrat. Die Generalversammlung besteht aus den Delegierten der Industriegruppen, den Ortsausschüssen des A. D. G. B., den Ortsräten der A. F. A. und deren Sekretären.

d) **Zentralrat:** Jede Industriegruppe wählt aus ihrer Mitte zwei Betriebsratsmitglieder, von denen einer ein Arbeiter, der andere ein Angestellter sein muß, in den Zentralrat. Hierzu treten die Mitglieder des Ortsausschusses des A. D. G. B. und des Ortsrats der A. F. A. sowie ihre Sekretäre.

e) **Vollzugsrat:** Der Zentralrat wählt aus seiner Mitte fünf Personen in den Vollzugsrat von denen mindestens zwei Arbeiter und zwei Angestellte sein müssen. Weitere fünf Mitglieder des Vollzugsrats werden, nach Uebereinkunft der Beteiligten, vom Ortsausschuß des A. D. G. B. und vom Ortsrat der A. F. A. gewählt.

Die Arbeiter- und Angestelltenräte können innerhalb der Industriegruppen getrennte Vollversammlungen abhalten, die sich mit den besonderen sozialen Fragen oder Aktionen der Arbeiter oder Angestellten befassen. Die Einberufung erfolgt durch die Arbeiter- bzw. Angestelltenmitglieder des Gruppenrats im Einvernehmen mit den beteiligten freien Gewerkschaften. Wirtschaftliche Fragen können nur in den gemeinsamen Vollversammlungen der Arbeiter und Angestellten behandelt werden.

Die Wahlen zu den erwähnten Körperschaften erfolgen nach dem Verhältniswahlsystem. Wird ein Delegiertensystem eingeführt, so müssen mindestens ein Drittel der Delegierten Angestellte oder Arbeiter sein. Für die Generalversammlung der Betriebsräte muß jede Industriegruppe durch mindestens fünf Delegierte vertreten sein, von denen je zwei Arbeiter und Angestellte sein müssen. Wählbar sind nur Personen die mindestens seit einem Jahr Mitglied einer dem A. D. G. B. oder der A. F. A. angehörenden Gewerkschaft sind.

Die Betriebsräte einer jeden Industriegruppe bilden die Vollversammlung. Sie entscheidet in ihrer ersten Zusammenkunft, ob bei den weiteren Vollversammlungen alle Mitglieder der Betriebsräte teilnehmen sollen oder ob ein Delegierten-System eingeführt wird.

b) **Gruppenrat:** Zur Wahl eines Gruppenrats werden von den Ortsausschüssen des A. D. G. B. und der A. F. A. die gewählten Betriebsräte gemeinsam industriegruppenweise zusammenberufen. Der Gruppenrat besteht aus fünf Mitgliedern, dem von Arbeiter- und Angestelltenseite mindestens je zwei Personen angehören müssen. Ihm gehören ferner mindestens je ein Vertreter der freien Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen an, die an der betreffenden Industriegruppe besonders beteiligt sind.

c) **Generalversammlung der Betriebsräte:** Die Generalversammlung aller am Orte befindlichen Betriebsräte wird erstmalig vom Ortsausschuß des A. D. G. B. und dem Ortsrat der A. F. A. einberufen, später vom Zentralrat. Die Generalversammlung besteht aus den Delegierten der Industriegruppen, den Ortsausschüssen des A. D. G. B., den Ortsräten der A. F. A. und deren Sekretären.

d) **Zentralrat:** Jede Industriegruppe wählt aus ihrer Mitte zwei Betriebsratsmitglieder, von denen einer ein Arbeiter, der andere ein Angestellter sein muß, in den Zentralrat. Hierzu treten die Mitglieder des Ortsausschusses des A. D. G. B. und des Ortsrats der A. F. A. sowie ihre Sekretäre.

Es sei als Mensch auswirken, das führe zu einer Arbeitsgemeinschaft frei sich bildender Menschen. — Lewis, Generalsekretär des Vereines für Volksbildung, der entchiedene Vorkämpfer der Erziehungsschule, will, daß die Verschiedenheit der Bildungsansichten überhand zu einem einheitlichen Bau, der wohl eine Differenzierung, aber keinen Aufstieg im alten sozialen Sinne kennen dürfte. Er nennt es eine Annahme, wenn eine einzige Schule sich humanistisch nenne. „Humanismus ist umfassender als Griechentum und Rom.“ — Generaldirektor Dr. Woz (Köln) hatte Gelegenheit, mit allen Gattungen des öffentlichen Schulwesens in Fühlung zu kommen. Gerade deswegen traut er sich ein Urteil darüber zu, was an jeder Schulart reformbedürftig sei. Aber die Reformen müßten langsam erfolgen, die Sache sei für ein Schulgesetz noch nicht reif.

Die Sicherheitspolizeiaktion südlich der Ruhr.

Die R. P. L. erfahren an zuständiger Stelle: „Die von der Sicherheitspolizei Kreuzen im Einvernehmen mit dem zuständigen Amt unternommene Polizeiaktion südlich der Ruhr hat zu schönen Resultaten geführt, ohne daß die Ruhe irgendwie gestört wurde. Ueber das ganze Unternehmen, bei dem bisher nicht ein Schuß gefallen ist, werden binnen kurzem eingehende Berichte veröffentlicht werden. Hier sei nur das Resultat der Waffeneinsammlung einer Woche wiedergegeben: In der Woche vom 22. bis 29. Mai 1920 wurden durch Beschlagnahme und freiwillige Abgabe von der Sicherheitspolizei Rheinland-Westfalen eingebracht: 1407 Gewehre, 265 Karabiner, 9 Jagdgewehre, 198 Pistolen und Revolver, 8 Maschinengewehre, 25 Revolverpistolen, 11 Leuchtpistolen, 36 leichte und schwere Maschinengewehre, 2 Flammenwerfer, 14004 Schuß Infanteriemunition, 49 Kisten Infanteriemunition, 128 Kisten Maschinengewehrmunition, 7 Kisten Leuchtmunition, 10 Leuchtpatronen, 16 leichte Minen, 13 Granaten 75 Zentimeter, 245 Schuß Pistolenmunition, 82 Eier- und Stielhandgranaten, 20 Schrotpatronen, 680 Seitengewehre, 198 Artilleriepatronen und Infanteriepatronen, 80 Stahlhelme, außerdem eine große Anzahl von Gewehr- und Maschinengewehrschloßern und sonstiges Belegut.“

Kohlenziehung.

In letzter Zeit mehren sich die Kohlenangebote an deutsche Industrie, vor denen gewarnt werden muß. Diese Angebote gehen mittelbar oder unmittelbar von früher feindlichen Persönlichkeiten, die sich zum Teil offizielle Eigenschaften bedienen und von Neutralen und Einheimischen aus, die offenbar mit den Erzeugern zusammenarbeiten. Die wuchernden Preise für diese Kohlen verlangt werden, werden teils damit begründet, daß es sich um Reputationskohle, teils damit, daß es sich um von unseren Feinden nach Deutschland zurückverkaufte Wiedergutmachungskohle handelt, eine Behauptung, die den Stempel der Unrichtigkeit auf der Stirn trägt. Ferner wird von den fraglichen Agenten behauptet, daß mit diesen Kohlen die Reichskommission für die Kohlenverteilung und das Kohlenmonopol in Offen einverstanden seien, eine Behauptung, die, wie die R. P. L. von zuständiger Stelle erfahren, völlig aus der Luft gegriffen ist. Die Verhältnisse der ganzen Vorgänge lassen darauf schließen, daß es sich bei allen diesen Angeboten entweder um eine großangelegte Spionage oder um einen Akt privater Handelsplionage handelt. In beiden Fällen werden die unvorsichtigen Verbraucher, die sich auf diese fragwürdigen Angebote einlassen, Gefahr laufen, nicht nur gegen die geltenden gesetzlichen Vorschriften zu verstoßen, sondern auch geschäftlich empfindlichen Schaden zu erleiden.

Wieder eine Vergewaltigung.

Wiesbaden, 12. Juni. Am Dienstag wurden am Neroberg bei Wiesbaden zwei Mädchen von französischen Soldaten überfallen und vergewaltigt. Eines derselben wurde so schwer verletzt, daß in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Die brutalen Täter entkamen unerkannt. Die französische Militärverwaltung versuchte, die Affäre zu vertuschen, was ihr jedoch nicht gelang. Die Entrüstung in der Bevölkerung über dieses neue Verbrechen ist groß.

Ein neuer Ueberfall.

Saarbrücken, 12. Juni. Nach einer Meldung der Saarlouiser „Saarzeitung“ ist vor einigen Tagen zwischen Pöschel und Saarlouis ein Saarlouiser Einwohner von drei französischen Soldaten von hinten niedergeschlagen worden. Einer der Soldaten kniete auf den Ueberfallenen und drückte ihm mit dem Gesicht in den Straßensand, während ihm die anderen beiden eine silberne Uhr mit goldener Kette, Messer, Geschäftspapiere und sonst noch Wertgegenstände raubten.

Eine italienische Delegation nach Moskau.

In Rom ist die Delegation des „Avanti“ Sorrenti an der Spitze einer Delegation eingetroffen, die aus vier Mitgliedern des italienischen Parlaments und zehn Vertretern der italienischen Gewerkschaften besteht. Die Delegation begibt sich nach Moskau. Sorrenti erklärt, daß man in Rom die Aufrichtung einer Vertretung der Sowjetregierung in Italien Entschlossenheit zu treffen.

Badische Politik.

Der Haushaltsausschuß des Landtags

Die gestern die Budgetkommission fort mit der Beratung des Voranschlags für das Finanzministerium. Zunächst wurde von einer Seite die Summe beantragt, die als Einnahme von Holzverkäufen eingestellt worden ist, da zurzeit starke Preisrückgänge auf dem Holzmarkt zu verzeichnen sind. Man ist schließlich einstimmig der Auffassung, es bei den eingestellten 82,5 Millionen zu belassen. Es wird festgestellt, daß die Einkommenssteuererträge mit 188 500 000 M. in das Budget eingestellt werden, der gesamte Etat des Finanzministeriums wird einstimmig genehmigt. Schließlich werden die Administrativkredite genehmigt und die Kriegskredite für unbeantragt erklärt.

Der gestern nachmittags 1/4 Uhr zusammengetretene Verfassungsausschuß des Landtags befahte sich zunächst mit dem schriftlichen Bericht über die Sozialisierung der Majollamanufaktur. Nach einigen Änderungen wurde dem vorgelagerten Bericht die Zustimmung des Ausschusses erteilt. Ueber das Landtagswahlgesetz über das Gesetz über die Volksabstimmung, dessen alsbaldige Vorlage in einem deutschnationalen Antrag verlangt wurde, entspann sich eine längere Debatte, an deren Ende der Untersuchungsausschuß des Verfassungsausschusses beauftragt wurde, die Materie so bald wie möglich spruchreif zu machen.

Zur Umänderung der badischen Regierung wird uns von besonderer Seite geschrieben: Die Meldungen über die badische Regierungsumbildung, die beunruhigend wirkend verschiedene Zeitungen durchlaufen, beraten stark die Aufdringlichkeit ihrer Verfasser, die meinen, ihre „Weisheit“ unbedingt an den Mann bringen zu müssen. Denn bei den bevorstehenden Veränderungen, die übrigens erst nach Stabilisierung der Reichsregierung in Erscheinung treten werden, handelt es sich

nicht um plötzliche Rekonstellationen, sondern um das Ergebnis der schon vor einigen Monaten im Landtag besprochenen Staatsvereinbarung. Danach sollen sowohl in der Staatsverwaltung wie in der Staatsregierung diejenigen Vereinfachungen eintreten, die uns unsere heutige Armut vorschreibt. Hierbei kommen diejenigen Ministerien in Betracht, die infolge ihres verringerten Arbeitskreis von anderen Ministerien mitgeführt werden können.

Hierzu ist das Ministerium des Auswärtigen zu rechnen, dessen Tätigkeit stark eingeschrumpft ist, so daß es sich leicht einem anderen Ministerium angliedern läßt. Hierdurch würde der Minister des Auswärtigen, Herr Dietrich von den Demotanten, der sich ohnehin mehr Reichsfragen zu widmen gedenkt, aus der badischen Regierung ausscheiden. Ähnlich liegen die Dinge beim Staatspräsidenten Genossen Geiß, der sich schon lange mit dem Gedanken trägt, sich von der badischen Regierung zurückzuziehen. In dankenswerter, aus tiefem Staatsempfinden heraus geborener Eingabe hat Staatspräsident Geiß zur Rettung unseres Landes das schwere Amt übernommen und auf allseitiges Drängen weitergeführt, und bemerkt, nachdem sich unsere badischen Verhältnisse einigermaßen konsolidiert haben, die notwendig gewordene Regierungsumbildung zum Rücktritt aus seinem schweren Amt.

Nach der badischen Verfassung wird bekanntlich der Staatspräsident aus der Reihe der Minister gewählt. Der Staatspräsident muß deshalb auch ein Minister haben. Bisher führte der badische Staatspräsident das Ministerium für militärische Angelegenheiten. Nachdem durch die Umänderung der Verhältnisse dessen Tätigkeitsgebiet sich erheblich verkleinert, dem bisherigen Staatspräsidenten sein Ressortministerium mehr, so daß mit dem Wegfall dieses Ressorts, der Staatspräsident aus den übrig bleibenden Ministern — Justizminister Traut, Finanzminister Köhler, Innenminister Kemmerle, Arbeitsminister Kückert und Unterrichtsminister Hummel — zu wählen wäre, wobei wohl derjenigen Partei die Würde und Würde des Präsidenten zu fallen müßte, die auf Grund des Wahlergebnisses am ersten zu dieser Verantwortung berufen ist.

Was die von einer gewissen Seite abgestrebte Peititzung der Staatsräte betrifft, so dürfte hierfür kaum Stimmung vorhanden sein. Wenn, wie feststehen dürfte, der demokratische Reichstagsabgeordnete Haas sein Amt als Staatsrat niederlegt, so wird Ersatz dafür beschafft werden. Die in der Verfassung niedergelegte Funktion der Staatsräte aber generell auszuhalten, wäre ein Fehler. Denn durch die Tätigkeit der Staatsräte, die kaum Kosten verursachen, wird die Verbindung der Parteien mit der Regierung in glücklicher Weise hergestellt, wodurch Reibungen mit dem bürokratischen Regierungsapparat vermieden werden, was bei vielen Regierungsmaßnahmen von hohem Wert ist. So wird sich die kommende badische Regierungsumbildung im Rahmen der organischen Entwicklung unserer badischen Politik bewegen, die unserem Lande von jeher nützlich war.

Unzulässiges Verfahren beim Fleischverkauf wird in einer amtlichen Pressemitteilung besprochen. Es wird darin mitgeteilt, man habe die Wahrnehmung gemacht, daß einzelne südliche Kommunalverbände oder mit deren Einverständnis einzelne Metzgereien Auf- und Zuchtvieh, das von Händlern aus Norddeutschland nach Baden eingeführt worden ist, erwerben, sodann aber nicht zu Auf- oder Zuchtzwecken, sondern zur Schlachtung erwerben und das Fleisch zu außergewöhnlich hohen Preisen, teilweise marktfrei verkaufen haben. In der amtlichen Pressemitteilung wird betont, daß ein derartiges Verfahren unzulässig ist und daß zum Zweck der Schlachtung Vieh nur durch den Kommunalverband angekauft werden darf, wobei die vorgezeichneten Höchstpreise nicht überschritten werden dürfen. Ebenso sind bei der Abgabe des Fleisches an die Verbraucher die vom Kommunalverband festgesetzten Höchstpreise einzuhalten.

Zur internationalen Donaufahrt, die am 17. Juni in Paris beginnt, sind nach einer Meldung des „Heidelberger Tagblatts“ je ein Vertreter Wabens, Württembergs und Bayerns eingeladen. Es handelt sich um die Organisation der Donaufahrt und die Frage des Rhein-Donaufahrts.

Kleine Nachrichten.

Rom. Die Eisenbahnen in Cremona und Mailand sind in den Ausstand getreten, um die Entsendung von Munition nach Polen zu verhindern. In Triest kam es zu hitzigen Protestkundgebungen gegen die Entsendung von Truppen nach Albanien. Ein Offizier wurde getötet und zwei Soldaten wurden schwer verletzt.

Berlin. Eine Frankfurter Depesche der „Deutschen Allg. Zeitung“ besagt, daß im Verfolg der bei dem Franzosenzug am 7. April erlittenen Verletzungen bei der Schichterei am Schillerplatz der Buchbinder Fritz als neuntes Opfer gestorben ist.

Bemeindepolitik.

Die badische Kommunalanleihe. Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern gibt der Groverband bad. Gemeindeparsellen eine Anleihe von 50 Mill. Mark heraus, die durch seine Zantanzahl, die bad. Girozentrale in Mannheim betrieben wird. Die Anleihe soll Darlehensmittel für badische Städte und Kreise schaffen, sie dient also ausschließlich dem badischen kommunalen Kreditbedürfnis. Der Verband steht unter der Leitung seiner Mitglieder, d. h. 117 öffentliche badische Sparkassen, die mit Gemeindeparsellen ausgestattet sind. Da hierbei 470 badische Gemeinden, große, mittlere und kleinere, in Frage kommen, so ruht die Anleihe auf einer ungewöhnlich breiten und soliden Grundlage. Sie ist dementsprechend für mündelicher erklärt worden. Der Groverband rückt mit der Ausgabe dieser Anleihe ein gutes Stück vorwärts in der Erfüllung seiner Zweckbestimmung, der Pflege des kommunalen Geld- und Kreditverkehrs. Seit seiner vor drei Jahren erfolgten Gründung hat die Girozentrale aus sehr kleinen Anfängen heraus, die sich zunächst auf die Vermittlung bargeldloser Zahlungen unter den Mitgliedern beschränkten, eine bedeutende noch stets fortwährende Entwicklung genommen, die zahlenmäßig in dem heutigen Jahresanfang von mehreren Milliarden zum Ausdruck kommt. Sie hat sich in ihrem Wirken für die Sparkassen, Gemeinden, Kreise, Kommunalverbände, Stiftungen und sonstige öffentlichen Körper oder Einrichtungen als Anlagestelle flüssiger Mittel und Abgeberin kurzfristiger Kredite als recht nützlich erwiesen, da sie in geschlossenem Kreislaufe öffentliche Mittel aufbringt und mit geringem Nutzen der an die Mitglieder zurückfließt, wieder öffentlichen Zwecken zufließt. Mit der Aufnahme von langfristigen Krediten in ihrem Aufgabenkreis kommt die badische Girozentrale einem großen Bedürfnis namentlich derjenigen Gemeinden entgegen, die nicht mit eigenen Anleihen an den Markt herantreten können.

Aus der Partei.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstr. 9, erachtet die Orts- und Bezirksbildungsausschüsse um umgehende Klärung der Verhältnisse für das vergangene Geschäftsjahr, so weit dies noch nicht geschehen ist. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Bestimmung für die neue Monatschrift die „Arbeiterbildung“ baldmöglichst zurückgefordert werden müssen. Ebenso muß die Bestellung bei der Zeit rechtzeitig erfolgen, da sonst eine Gewähr für die pünktliche Lieferung der Schrift nicht übernommen werden kann.

Soziale Rundschau.

Zum Vorgehen bei Betriebsbeschränkungen. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten die sich bei der Auswahl der infolge Betriebsbeschränkungen zu entlassenden Arbeitnehmer ergeben haben, macht der Demobilisierungsausschuß für die Kreise Karlsruhe und Baden auf folgende geschäftliche Vorschriften aufmerksam:

Die Reichsverordnung vom 28. März 1919/23. April 1920 über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung gibt zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit den Demobilisierungsausschüssen das Recht, die Entlassung solcher Personen in den gewerblichen Betrieben herbeizuführen, die nicht unbedingt auf den Erwerb aus dieser Beschäftigung angewiesen sind. Bei Entlassungen infolge einer Betriebsbeschränkung müssen gemäß der Reichsverordnung vom 12. Februar 1920 über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten neben den Betriebsbeschränkungen die Familien- und Vermögensverhältnisse der Arbeitnehmer berücksichtigt werden. Für die Ausschreibung werden in diesem Falle bei gleicher Entbehrlichkeit also in erster Linie diejenigen Personen in Frage kommen, deren Entlassung schon in der oben erwähnten Reichsverordnung über die Freimachung vorgesehen ist. Hierzu gehören vor allem die Selbstversorger, dann, soweit nötig, die Teilhaber der Familienmitglieder, unter letzteren zuerst diejenigen, von deren Familien mehrere Mitglieder dem Arbeitsverdienst nachgehen.

Es darf erwartet werden, daß sich die Arbeitgeber und die Betriebsvertretungen im Interesse des Allgemeinwohl bei der Auswahl der zur Entlassung kommenden Personen von diesen in den geschäftlichen Vorschriften niedergelegten Gesichtspunkten leiten lassen.

Verlängerung der Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsverhaftung.

Den R.P.N. wird geschrieben: Der Reichsbund der Kriegsteilnehmer hatte in einer Eingabe an den Reichsminister der Justiz um Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsverhaftung eruchtet. Bekanntlich läuft die Geltungsdauer am 30. Juni ab, nachdem sie schon einmal verlängert worden ist. Dem Reichsbund der Kriegsteilnehmer mitgeteilt hat, dadurch Rechnung getragen worden, daß die Verordnung bis zum 1. Jan. 1921 in Geltung bleibt. Die Veröffentlichung der neuen Verordnung wird demnächst erfolgen.

Gerichtszeitung.

Die Diebstähle im Mannheimer Rangierbahnhof. Mannheim, 15. Juni. Am zweiten Verhandlungstag über die Diebstähle im Mannheimer Rangierbahnhof hatten sich 44 Angeklagte vor der Strafkammer einzufinden, darunter eine Reihe solcher, die schon mit den ersten Gruppen erschienen und mit ihnen abgeteilt worden waren. Neben Südgütern, wie Wein, Speck, Margarine, Schinken, Schokolade bildete den Hauptpunkt dieser Angelegenheit die Verabreichung eines Wagens mit Sekt. Die Strafkammer sprach Strafen von sechs bis herab zu vier Monaten Gefängnis aus.

Aus dem Lande.

1. Ottenhöfen, 13. Juni. Gestern abend 8 Uhr brach in dem Sägemerk des Liborius Bohner durch Kurzschluß ein Brand aus. Das Sägemerk sowie der Dachstuhl des Wohnhaus ist vollständig niederbrannt. Der Schaden ist groß. Wie man hört, konnte das Innere der Mobiliar gerettet werden. Der Hund ist auch mitverbrannt. Auch soll manches Gold- und Silberstück nach langem Dunkelwerden wieder zum Vorschein gekommen sein.

2. Bahr, 15. Juni. Auf eigenartige Weise nahm sich ein 81 jähr. Mann aus Friesenheim im hiesigen Bezirkskrankenhaus das Leben. Der Schwermütige nahm ein bereit heißes Bad, das sein ganzer Körper Verbrennungen erlitt und er, als man zu Hilfe kam bereits tot war.

Mannheim, 15. Juni. Beim Baden im Neckar haben sich wieder zwei läbliche Unglücksfälle ereignet. In einem Fall ist ein 22jähriger Glaser namens Fritz Vogt, im anderen ein noch unbekannter junger Mann ertrunken.

Aus der Stadt.

1. Karlsruhe, 15. Juni.

Schuhverkauf des Gewerkschaftskartells.

Das Gewerkschaftskartell teilt uns folgendes mit: Es ist uns weiterhin gelungen, große Kosten Kinder-, Frauen- und Herrenstiefel zu erwerben. Die Ware kommt voraussichtlich am Donnerstag zum Verkauf und besteht aus nur guten Fabrikaten, die wir zu den seitherigen Einheitspreisen verkaufen. Näheres wird durch Inserate bekanntgegeben. Die hiesigen Schuhhändler versuchen, durch Inserate und Lokalnotizen unsern Verkauf resp. die Ware herabzusetzen. Das wird ihnen jedoch nicht gelingen, denn unsere Ware ist nur guter Qualität und wird zu einem Preise verkauft, wie dies die Schuhhändler nicht tun können, denn das Gewerkschaftskartell arbeitet ohne Nutzen. Die organisierte Arbeiterschaft wird wissen, wo sie ihren Bedarf zu decken hat; ob dies bei den Schuhhändlern ist, die erst durch das Vorgehen des Gewerkschaftskartells nun ihre Preise reduziert haben, oder aber bei der Einrichtung, die die Organisationen der Arbeiter selbst geschaffen haben.

Die Arbeiter sind sicher mit der Bedienung bei ihrer Verkaufsstelle zufrieden und verlangen nicht nach einer „angenehmeren Bedienung“, welche die Schuhhändler in ihren Geschäften empfehlen. Die Hauptsache ist und bleibt, ein guter brauchbarer Stiefel zu billigem Preise und dies gibt es beim Schuhverkauf des Gewerkschaftskartells Karlsruhe in der städtischen Ausstellungshalle.

Fahrbediensteten-Auswahlwahlen an der Straßenbahn. Aus Straßenbahnerkreisen wird uns geschrieben: Unter obigem Schirmwerk befindet sich getrennt der örtliche Gewerkschaftssekretär Fahrenber eine Notiz im „Vorbacher“. Mit schlaun Worten wird in dieser Notiz Stimmung gemacht, indem an „sozialdemokratische“ Straßenbahner appelliert wird.

Es wirkt aber geradezu lächerlich auf jeden Kenner, der die Verhandlungen über die neue Besoldungsordnung mitgemacht hat, wenn der Artikelschreiber in recht scheinheiliger Weise behauptet, daß es gerade dem Bestehen des gewerkschaftlichen Verbandes mitzuerdanken sei, wenn die Straßenbahner in die 4. Gehaltsklasse aufrücken können. Hierüber werden wir an anderer Stelle unsere Meinung sagen. Die Straßenbahner werden sich durch solche unwahre Behauptungen nicht einfangen lassen. Sie werden sich immer sagen, daß es keine „gründlichen“ Arbeitgeberverbände gibt, daß dort keine Absonderung nach Konfession bisher eingetreten ist, daß im Gegenteil in den Arbeitgeberverbänden der gute Katholik und Protestant einmütig mit dem Juden und Freigeist sein Geldsachinteresse wahrnimmt.

Den Straßenbahnerkollegen wollen wir die in der letzten Versammlung angenommene Resolution in Erinnerung bringen, die wegen dem Verhalten der beiden christlichen Arbeitervertreter im Vorgesetztenrat angenommen wurde. Sie lautet:

„Die am 29. Mai im „Schlachthof“ stattgefundene Straßenbahnerversammlung erhebt schärfsten Protest gegen die unbedingten und schweren Forderungen, die der Stadtbürgermeister (Rat) in der letzten Bürgerausschussung gegen das Fahrpersonal der Stadt-Straßenbahn erhoben hat. Derselbe hatte seinen Grund zu solchen unwahren Behauptungen gegen seine Mitarbeiter und ihnen in dieser unzulässigen Art und Weise in den Rücken zu fallen. Die organisierten Straßenbahner stehen auf dem Standpunkt äußerster Pflichterfüllung, verlangen aber volle Gleichberechtigung mit den übrigen Stadt-Beamten.“

Wie aus dem obigen „Vorbacher“ zu ersehen ist, sollen nun die Straßenbahner nach der Religion getrennt werden. Das wird den Herren nicht gelingen. Die Straßenbahner werden am Mittwoch der Vize-Zentrale ihre Stimme geben und dadurch am besten ihre eigenen Interessen wahren.

Neuregelung der Fleischpreise.

Nachdem der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Höchstpreise für Schlachtvieh neu festgesetzt und die Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh aufgehoben hat, ist auch eine Neuregelung der Höchstpreise für Fleisch Wurst und sonstige Fleischwaren erforderlich geworden.

Das Ministerium des Innern hat deshalb angeordnet, daß die Kommunalverbände den besonderen Verhältnissen ihres Bezirkes entsprechende Höchstpreise für die üblichen Fleisch- und Wurstsorten festzusetzen haben. Zur Vermeidung allzu erheblicher Preissteigerungen bei der Bemessung dieser Kleinhandelsfleischpreise hat das Ministerium für die einzelnen Fleischarten Richtpreise festgesetzt, die den Kommunalverbänden bei der Neuregelung der Fleischpreise als Unterlage zu dienen haben.

Auch die Pferdefleisch-Preise erfahren eine Neuregelung. Das Ministerium hat angeordnet, daß die Kommunalverbände die Höchstpreise für die Abgabe von Pferdefleisch und Pferdefleischwurst an die Verbraucher neu festzusetzen haben. Die Preisätze dürfen dabei folgende Beträge nicht überschreiten: Für je ein Pferd Fett, roh, 10 M., ausgelassen 12 M., Fleisch mit Knochenbeilage, frische Fleischwurst und Leber 5 M., Junge 6 M., frische Leberwurst und Schwarzenmagen 3.60 M., Luttwurst 2.50 M., Knochen 60 s.

Von der Straßenbahn.

Nachdem die behördliche Abnahme der Gleis- und Oberleitungsanlage der Notteck- und Ruppurrerstraße zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben hat, wurde die Genehmigung zur Inbetriebnahme vorgenannter Straßenbahnstrecken erteilt. Wie aus dem im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe veröffentlichten Fahrplan hervorgeht, wird die durch die Ruppurrerstraße führende Straßenbahnlinie am Mittwoch den 16. ds. Mts. in Betrieb genommen. Mit der Betriebsöffnung tritt gleichzeitig auch eine Änderung der Linienführung ein, durch die auch die bisher drach liegende Strecke der Notteck- und Ruppurrerstraße wie schon getrennt gemeldet, wieder in Betrieb genommen wird. Sämtliche Linien verkehren in 8 Minutenfolge, zu den Hauptverkehrszeiten werden Verdichtungsomnibusse eingesetzt.

Linie 1, weißes Streifenschild, verkehrt nach wie vor von Durlach nach Rheinhafen und umgekehrt. Bei Linie 2, weiß-rotes Streifenschild, Schlachthof-Hauptbahnhof-Mühlburg, tritt gleichfalls eine Änderung nicht ein. Linie 3, Südostring, rotes Streifenschild, hat den Hauptbahnhof als Ausgangspunkt und durchfährt Ruppurrerstraße, Menbelssohnplatz, Kriegsstraße, Marktplatz, Hauptplatz, durch die Karlsruherstraße zum Hauptbahnhof. Die gleiche Anzahl von Wagen verkehrt in umgekehrter Richtung. Linie 4, gelbes Streifenschild, fährt vom Friedhof durch die Kaiserstraße zum Kühlenberg und zurück. Linie 5, grünes Streifenschild, verkehrt von der Süderstraße über Marktplatz und Stillingstraße, Hauptbahnhof nach der Gärder Reichs- und Karlsruherstraße und umgekehrt und wird demnächst bis nach Weierheim geleitet. Linie 6, Südwestring, blaues Streifenschild, hat wiederum den Hauptbahnhof als

Ausgangspunkt und fährt über Rathstrasse, Schillerstraße, Mühlburger Tor, Marktplatz, durch die Stillingstraße zum Hauptbahnhof zurück. In umgekehrter Folge verkehrt die gleiche Anzahl von Wagen.

Sozialdemokratischer Verein — Bezirk Mühlheim. Am Donnerstag, 17. d. Mts., abends 7/8 Uhr findet im „Schwanen“ eine Versammlung statt. Tagesordnung: „Die politische Lage“; Referent: Parteisekretär Gen. Trinkt. Wir erfordern die Parteigenossen für guten Besuch der Versammlung tätig zu sein.

1. Eine Bauerndrohung. Eine Hauptausführung des Bad. Bauernverbandes beschloß, die Abgabe jeglicher Art Schlachtvieh an die Kommunalverbände im ganzen Lande zu verweigern.

Vor dieser Drohung brauchen die Städte keine allzu große Angst haben, denn was von die ser Sorte Landwirte an Schlachtvieh an die Kommunalverbände abgeliefert wurde, wird wahrscheinlich so gering sein, daß der gänzliche Wegfall nicht so sehr ins Gewicht fällt. Das Vorgehen zeigt aber so recht den Charakter und Geist unserer Rechtsparzialisten.

Die Entschädigung der Bezirksratsmitglieder. Die Verordnung über die Entschädigung der Bezirksratsmitglieder hat einen Zusatz erhalten, wonach neben dem Tagegeld die Bezirksratsmitglieder, falls sie einen Anfall an Lohn oder Verdienst nachweisen, hierfür Ersatz bis zur Höhe von 30 M. für die einzelne Sitzung erhalten.

Sozialdemokratischer Verein — Bezirk Mühlburg. Morgen Mittwoch abend 7/8 Uhr im „Saalbau“ Ausfüh- r. Sitzung. Vollständiges Erscheinen der Bezirksratsmitglieder ist erforderlich.

1. Revisionen seitens der Angestellten-Versicherungen. In den nächsten Wochen werden Revisionen des Direktors der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in den Büro-, Handels- und Industrie-Betrieben des Ober-Postdirektions-Bezirks Karlsruhe nachprüfen darüber anstellen, ob überall die rechtzeitige und vollständige Entrichtung der Beiträge zur Angestelltenversicherung erfolgt ist.

2. Weiter Fusion des Braunkapitals. Wie der „Bad. Presse“ mitgeteilt wird, haben zwei weitere angesehene Karlsruher Großbrauereien beschloßen, ihre Betriebe zusammen zu legen. Die Brauerei Prink und die Brauerei Schrempf, deren Inhaber schon seit Jahrzehnten durch alte Familienfreundschaft aufs engste verbunden sind, vereinigen ihre Betriebe auf dem Anwesen der Brauerei Schrempf, während die Brauerei Prink still gelegt wird.

Volksbühne. Heute Dienstag, 15. ds. Mts. findet der erste Abend (B. 1) der zweiten Vorstellungsserie der Volksbühne statt. Während die erste Reihe mit „Othello“ dem schwereren ersten klassischen Drama gehörte, ist für die zweite eine andere Gattung des Schauspielers gewählt, die berufen ist, einen beträchtlichen Teil des Spielplans der Volksbühne auszufüllen: das heitere Volksstück. Als einer der berühmtesten Vertreter dieser Gattung kommt wie schon mitgeteilt, Adolf L'Arronge mit einem seiner berühmtesten und vollständigsten Werke, mit dem fünfaktigen Lustspiel „Doktor Klaus“ zu Wort. Die Titelrolle des von Otto Hirschfeld neu in Szene gesetzten Werkes spielt Fritz Herz, während die bekannte Parodie, und Gastrolle junger Komiker, den Kaufmann Kubowatz, Paul Müller spielt. In den übrigen Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Kelsner, Frauendorfer, Geuter, Müller und Wig, sowie die Herren Gisel, Rib, Gemmeke, Höder, Marinelli und Max Schneider. Die Vorstellungen fangen wieder pünktlich 7/8 Uhr an. Zutrittskommande können erst bei Beginn des nächsten Aktes eingelassen werden. Die städtischen Eingangsarten brauchen die Mitglieder der Volksbühne nicht mehr zu lösen. Jeder einzelne Besucher muß im Besitz einer grünen Ausweisarte sein.

Eine Aufführung von Hermann Burts. „Der fränke König“. Am 17. und 18. Juni wird zum Beinen der Sozialen Fürsorge der Technischen Hochschule (Studentendienst) im Künstlerhaus ein dramatisches Jugendwerk Hermann Burts aufgeführt. Es nennt sich „Der fränke König“, er läßt darin den fränken König, der dem einzigen treuen Arzt, der ihm bösige Stellung brachte, unter den Einführungen herrschsüchtiger Hofparonen sein Vertrauen entzieht und ihn dem Tode überlieft, zum Schluß selbst ebenfalls sterben, um dafür den Sohn und Nachfolger mit einem härteren Königsmantel auszustatten. Und er gibt ihm dabei das Motto mit auf den Weg: „Inselbar ist erkranktes Königtum“. Das Werk des Dichters, der an un'renem Landeater bisher erst mit einem Drama vertreten war, wird sich auf weite Kreise große Anziehungskraft ausüben. Es wird von denjenigen jungen Künstlern und Studenten wiedergegeben, die ihm bei seiner letzten Privatveranstaltung zu seinem ersten hiesigen Erfolg verhalfen.

Landesbühne. In der heute Dienstag, den 15. Juni stattfindenden Aufführung von Bohème wird sich als „Rodolf“ Herr Karl Rauch aus Straßburg auch dem heiligen Publikum vorstellen, nachdem Herr Rauch mit derselben Partie in einer Vorstellung in Baden schöne Erfolge erzielt hat. Sein Gastspiel wird für eine Verpflichtung als hiesiger Tenor ausschlaggebend sein.

Am 16. Juni gibt es abermals eine Abschiedsvorstellung — diesmal in der Oper. Herr Karl Seydel, unser beliebter Tenorbuffo, der 1. St. als Mime im „Siegfried“ auf Engagement giperte und sofort nach seiner glänzenden durchgeführten Leistung für das damalige Hoftheater verpflichtet wurde — nimmt am Mittwoch in dieser Partie vom Karlsruher Publikum Abschied. Er folgt einem ehrenvollen Rufe an das Nationaltheater in München. Ungern sieht man einen Künstler von dieser hervorragenden Qualitäten aus dem Verbande des Landes-theaters gehen.

Experimentalfortrag Gonzalo Sang. Auf den bereits wiederholt angezeigten Vortragabend von Gonzalo Sang sei nochmals besonders aufmerksam gemacht. Der Abend des berühmten Zeelephthen findet bekanntlich heute Dienstag im Eintracht-Saal statt.

Billigere Schuhe. Der Verein der Schuhwarenhandeler von Mittelbaden G. B. gibt in seinem Inserat bekannt, daß die hiesigen Schuhgeschäfte infolge Rückgang der Schuhwarenpreise in den Fabriken ihre Verkaufspreise entsprechend zurückgesetzt haben. Wie bekannt leisten die hiesigen langjährig bestehenden Geschäfte volle Gewähr für beste Qualität und ausschließlich gute Fabrikate im Gegensatz zu den meisten Gelegenheitsunternehmungen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 15. Juni 1920.

Heber dem Süden und Südwesten Deutschlands haben sich solche Unwetter erhalten, die uns gestern und auch in der vergangenen Nacht wiederholt Regen brachten. Bei beständigem Himmel schwanken die Temperaturen zwischen sehr engen Grenzen; sie liegen in der Ebene gestern nur auf 16 Grad und liegen heute morgen bei etwa 10 Grad. Dagegen herrscht in Ost- und Norddeutschland, wie überhaupt in ganz Nordwesteuropa forgesetzt wolkenlos, am Tage sehr warmes Wetter. Da nunmehr weitere Zunahme des hohen Druckes über Nordwesteuropa zu beobachten ist und somit ein verstärktes Druckgefälle nach Süden hin sich ausgebildet, ist demnächst mit nordwestlicher Luftzufuhr zu rechnen, die eine stärkere Erwärmung noch nicht in Aussicht stellt.

Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch, den 16. Juni nachts: Allmählich Nachlassen der Regenfälle, doch noch wolfig und kühl.

Letzte Nachrichten.

Ärzte und Krankenkassen.

Dresden, 15. Juni. Der Hauptverband der deutschen Krankenkassen teilt uns mit: Der Schiedspruch im Streit...

Geselmordprozesse.

München, 15. Juni. Das Urteil im dritten Geselmordprozess...

Wie in Bayern gestohlen wird.

Berlin, 15. Juni. Der Berliner Lokalanzeiger meldet: Wie die Bayerische Staatszeitung...

Das Ende der österreichischen Nationalversammlung.

Wien, 15. Juni. In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses...

Französische Brutalitäten.

Brüssel, 15. Juni. In Gleiwitz wurde der kaufmännische Beamte...

Gemeinderatswahlen in Bern.

Zürich, 15. Juni. Bei den Gemeinderatswahlen in Bern...

städtischen Exekutive hatten, eine Niederlage. Gewählt wurden vier Bürgerliche...

Schulleitung: Georg Schöfflin, Verantwortlich für Artikel, Politische Redaktion...

Valuta-Bericht vom 14. Juni.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 18.90 Fr. Auszahlung Holland...

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 252 gef. 4; Rehl 341, gef. 1; Ragau 512, gef. 3...

Entrichtung der Einkommensteuer durch Lohn- oder Gehaltsabzug.

Nach der Verordnung des Reichsfinanzministers vom 21. Mai ds. J., Reichsgesetzblatt Seite 1088...

Preisabschlag Schuhwaren! Durch die seitens der Fabrikanten erfolgte Preiserhöhung...

der Arbeitgeber auf Verlangen monatlich und nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine Bescheinigung über den ausbezahlten Lohn...

Prozent in bar oder durch Ueberweisung an die Steuerbehörde ohne Verwendung von Steuermarken.

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe. Todes-Anzeige. Wir setzen unsere Mitglieder von dem Eintritte des Genossen...

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer, Kriegshinterbliebenen und Kriegsgefangenen Ortsgruppe Karlsruhe. Mitgliederversammlung...

Städt. Gutshofe über 50 Pfennig. Die städtischen Gutshofe über 50 Pf sind fertiggestellt...

Erklärung. In der 47. öffentlichen Sitzung des Badischen Landtages hat bei der Beratung über die ungenügende Fuderversorgung...

Saccoanzüge. In bestem Zustand, schönere Ton, für 500 Mk. zu verkaufen. Ein Klappportwagen mit neuem Gummi...

Bad. Landwirtschaftskammer. Der Vorsitzende: J. B. Saenger. Baden-Baden. Verlegung des städtischen Fleischamts...

Der Wert der Sachbezüge (§ 2 Abs. 1 der auf dem Umschlag abgedruckten Bestimmungen) ist nach § 180 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung wie folgt festgesetzt: I. Im Amtsbezirk Karlsruhe: 1. in der Stadt Karlsruhe ausschließlich der Wohnorte: a) für männliche Personen...

Es wird noch ganz besonders darauf hingewiesen, daß der abgezogene Betrag von 10 vom Hundert nicht die Einkommensteuer darstellt, die der Arbeitnehmer endgültig zu entrichten hat...

haben sich in der ersten Sitzung des Reichstages am 15. Juni 1920...

Die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920 betr. Die Vorschriften der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920...

Wir weisen vorläufig auf diese Bestimmungen hin und insbesondere auf die vorgezeichnete Möglichkeit der Einzahlung der einbehaltenen 10 Prozent...

Bad. Landwirtschaftskammer. Der Vorsitzende: J. B. Saenger. Baden-Baden, den 14. Juni. Der Stadtrat.

Fahrplan der Städtischen Straßenbahn.

Gültig ab 16. Juni bis auf weiteres.

1		a) Durlach - Rheinhafen. Streckenfarbe: weiß.												b) Rheinhafen - Durlach.																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																
Durlach ab	6:00	6:00	6:11	6:21	6:31	6:41	6:51	7:01	7:11	7:21	7:31	7:41	7:51	8:01	8:11	8:21	8:31	8:41	8:51	9:01	9:11	9:21	9:31	9:41	9:51	10:01	10:11	10:21	10:31	10:41	10:51	11:01	11:11	11:21	11:31	11:41	11:51	12:01	12:11	12:21	12:31	12:41	12:51	13:01	13:11	13:21	13:31	13:41	13:51	14:01	14:11	14:21	14:31	14:41	14:51	15:01	15:11	15:21	15:31	15:41	15:51	16:01	16:11	16:21	16:31	16:41	16:51	17:01	17:11	17:21	17:31	17:41	17:51	18:01	18:11	18:21	18:31	18:41	18:51	19:01	19:11	19:21	19:31	19:41	19:51	20:01	20:11	20:21	20:31	20:41	20:51	21:01	21:11	21:21	21:31	21:41	21:51	22:01	22:11	22:21	22:31	22:41	22:51	23:01	23:11	23:21	23:31	23:41	23:51	24:01	24:11	24:21	24:31	24:41	24:51	25:01	25:11	25:21	25:31	25:41	25:51	26:01	26:11	26:21	26:31	26:41	26:51	27:01	27:11	27:21	27:31	27:41	27:51	28:01	28:11	28:21	28:31	28:41	28:51	29:01	29:11	29:21	29:31	29:41	29:51	30:01	30:11	30:21	30:31	30:41	30:51	31:01	31:11	31:21	31:31	31:41	31:51	32:01	32:11	32:21	32:31	32:41	32:51	33:01	33:11	33:21	33:31	33:41	33:51	34:01	34:11	34:21	34:31	34:41	34:51	35:01	35:11	35:21	35:31	35:41	35:51	36:01	36:11	36:21	36:31	36:41	36:51	37:01	37:11	37:21	37:31	37:41	37:51	38:01	38:11	38:21	38:31	38:41	38:51	39:01	39:11	39:21	39:31	39:41	39:51	40:01	40:11	40:21	40:31	40:41	40:51	41:01	41:11	41:21	41:31	41:41	41:51	42:01	42:11	42:21	42:31	42:41	42:51	43:01	43:11	43:21	43:31	43:41	43:51	44:01	44:11	44:21	44:31	44:41	44:51	45:01	45:11	45:21	45:31	45:41	45:51	46:01	46:11	46:21	46:31	46:41	46:51	47:01	47:11	47:21	47:31	47:41	47:51	48:01	48:11	48:21	48:31	48:41	48:51	49:01	49:11	49:21	49:31	49:41	49:51	50:01	50:11	50:21	50:31	50:41	50:51	51:01	51:11	51:21	51:31	51:41	51:51	52:01	52:11	52:21	52:31	52:41	52:51	53:01	53:11	53:21	53:31	53:41	53:51	54:01	54:11	54:21	54:31	54:41	54:51	55:01	55:11	55:21	55:31	55:41	55:51	56:01	56:11	56:21	56:31	56:41	56:51	57:01	57:11	57:21	57:31	57:41	57:51	58:01	58:11	58:21	58:31	58:41	58:51	59:01	59:11	59:21	59:31	59:41	59:51	60:01	60:11	60:21	60:31	60:41	60:51	61:01	61:11	61:21	61:31	61:41	61:51	62:01	62:11	62:21	62:31	62:41	62:51	63:01	63:11	63:21	63:31	63:41	63:51	64:01	64:11	64:21	64:31	64:41	64:51	65:01	65:11	65:21	65:31	65:41	65:51	66:01	66:11	66:21	66:31	66:41	66:51	67:01	67:11	67:21	67:31	67:41	67:51	68:01	68:11	68:21	68:31	68:41	68:51	69:01	69:11	69:21	69:31	69:41	69:51	70:01	70:11	70:21	70:31	70:41	70:51	71:01	71:11	71:21	71:31	71:41	71:51	72:01	72:11	72:21	72:31	72:41	72:51	73:01	73:11	73:21	73:31	73:41	73:51	74:01	74:11	74:21	74:31	74:41	74:51	75:01	75:11	75:21	75:31	75:41	75:51	76:01	76:11	76:21	76:31	76:41	76:51	77:01	77:11	77:21	77:31	77:41	77:51	78:01	78:11	78:21	78:31	78:41	78:51	79:01	79:11	79:21	79:31	79:41	79:51	80:01	80:11	80:21	80:31	80:41	80:51	81:01	81:11	81:21	81:31	81:41	81:51	82:01	82:11	82:21	82:31	82:41	82:51	83:01	83:11	83:21	83:31	83:41	83:51	84:01	84:11	84:21	84:31	84:41	84:51	85:01	85:11	85:21	85:31	85:41	85:51	86:01	86:11	86:21	86:31	86:41	86:51	87:01	87:11	87:21	87:31	87:41	87:51	88:01	88:11	88:21	88:31	88:41	88:51	89:01	89:11	89:21	89:31	89:41	89:51	90:01	90:11	90:21	90:31	90:41	90:51	91:01	91:11	91:21	91:31	91:41	91:51	92:01	92:11	92:21	92:31	92:41	92:51	93:01	93:11	93:21	93:31	93:41	93:51	94:01	94:11	94:21	94:31	94:41	94:51	95:01	95:11	95:21	95:31	95:41	95:51	96:01	96:11	96:21	96:31	96:41	96:51	97:01	97:11	97:21	97:31	97:41	97:51	98:01	98:11	98:21	98:31	98:41	98:51	99:01	99:11	99:21	99:31	99:41	99:51	100:01	100:11	100:21	100:31	100:41	100:51	101:01	101:11	101:21	101:31	101:41	101:51	102:01	102:11	102:21	102:31	102:41	102:51	103:01	103:11	103:21	103:31	103:41	103:51	104:01	104:11	104:21	104:31	104:41	104:51	105:01	105:11	105:21	105:31	105:41	105:51	106:01	106:11	106:21	106:31	106:41	106:51	107:01	107:11	107:21	107:31	107:41	107:51	108:01	108:11	108:21	108:31	108:41	108:51	109:01	109:11	109:21	109:31	109:41	109:51	110:01	110:11	110:21	110:31	110:41	110:51	111:01	111:11	111:21	111:31	111:41	111:51	112:01	112:11	112:21	112:31	112:41	112:51	113:01	113:11	113:21	113:31	113:41	113:51	114:01	114:11	114:21	114:31	114:41	114:51	115:01	115:11	115:21	115:31	115:41	115:51	116:01	116:11	116:21	116:31	116:41	116:51	117:01	117:11	117:21	117:31	117:41	117:51	118:01	118:11	118:21	118:31	118:41	118:51	119:01	119:11	119:21	119:31	119:41	119:51	120:01	120:11	120:21	120:31	120:41	120:51	121:01	121:11	121:21	121:31	121:41	121:51	122:01	122:11	122:21	122:31	122:41	122:51	123:01	123:11	123:21	123:31	123:41	123:51	124:01	124:11	124:21	124:31	124:41	124:51	125:01	125:11	125:21	125:31	125:41	125:51	126:01	126:11	126:21	126:31	126:41	126:51	127:01	127:11	127:21	127:31	127:41	127:51	128:01	128:11	128:21	128:31	128:41	128:51	129:01	129:11	129:21	129:31	129:41	129:51	130:01	130:11	130:21	130:31	130:41	130:51	131:01	131:11	131:21	131:31	131:41	131:51	132:01	132:11	132:21	132:31	132:41	132:51	133:01	133:11	133:21	133:31	133:41	133:51	134:01	134:11	134:21	134:31	134:41	134:51	135:01	135:11	135:21	135:31	135:41	135:51	136:01	136:11	136:21	136:31	136:41	136:51	137:01	137:11	137:21	137:31	137:41	137:51	138:01	138:11	138:21	138:31	138:41	138:51	139:01	139:11	139:21	139:31	139:41	139:51	140:01	140:11	140:21	140:31	140:41	140:51	141:01	141:11	141:21	141:31	141:41	141:51	142:01	142:11	142:21	142:31	142:41	142:51	143:01	143:11	143:21	143:31	143:41	143:51	144:01	144:11	144:21	144:31	144:41	144:51	145:01	145:11	145:21	145:31	145:41	145:51	146:01	146:11	146:21	146:31	146:41	146:51	147:01	147:11	147:21	147:31	147:41	147:51	148:01	148:11	148:21	148:31	148:41	148:51	149:01	149:11	149:21	149:31	149:41	149:51	150:01	150:11	150:21	150:31	150:41	150:51	151:01	151:11	151:21	151:31	151:41	151:51	152:01	152:11	152:21	152:31	152:41	152:51	153:01	153:11	153:21	153:31	153:41	153:51	154:01	154:11	154:21	154:31	154:41	154:51	155:01	155:11	155:21	155:31	155:41	155:51	156:01	156:11	156:21	156:31	156:41	156:51	157:01	157:11	157:21	157:31	157:41	157:51	158:01	158:11	158:21	158:31	158:41	158:51	159:01	159:11	159:21	159:31	159:41	159:51	160:01	160:11	160:21	160:31	160:41	160:51	161:01	161:11	161:21	161:31	161:41	161:51	162:01	162:11	162:21	162:31	162:41	162:51	163:01	163:11	163:21	163:31	163:41	163:51	164:01	164:11	164:21	164:31	164:41	164:51	165:01	165:11	165:21	165:31	165:41	165:51	166:01	166:11	166:21	166:31	166:41	166:51	167:01	167:11	167:21	167:31	167:41	167:51	168:01	168:11	168:21	168:31	168:41	168:51	169:01	169:11	169:21	169:31	169:41	169:51	170:01	170:11	170:21	170:31	170:41	170:51	171:01	171:11	171:21	171:31	171:41	171:51	172:01	172:11	172:21	172:31	172:41	172:51	173:01	173:11	173:21	173:31	173:41	173:51	174:01	174:11	174:21	174:31	174:41	174:51	175:01	175:11	175:21	175:31	175:41	175:51	176:01	176:11	176:21	176:31	176:41	176:51	177:01	177:11	177:21	177:31	177:41	177:51	178:01	178:11	178:21	178:31	178:41	178:51	179:01	179:11	179:21	179:31	179:41	179:51	180:01	180:11	180:21	180:31	180:41	180:51	181:01	181:11	181: